

Gesamte Rechtsvorschrift für Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung, Fassung vom 26.02.2024

Langtitel

Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung
StF: BGBl. III Nr. 88/2004 (NR: GP XXII RV 352 AB 435 S. 56. BR: AB 7022 S. 707.)

Änderung

BGBl. III Nr. 211/2022 (NR: GP XXVII RV 1030 AB 1148 S. 131. BR: AB 10778 S. 934.)

Sonstige Textteile

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des nachstehenden Staatsvertrages samt Protokoll wird genehmigt.

Ratifikationstext

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 23. Juni 2004 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 29 Abs. 2 am 1. September 2004 in Kraft.

Präambel/Promulgationsklausel

Die Republik Österreich und die Vereinigten Arabischen Emirate,

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln und ihre Zusammenarbeit in Steuersachen zu vertiefen,

in der Absicht, die Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen zu beseitigen, ohne Möglichkeiten zur Nicht- oder Niedrigbesteuerung durch Steuerverkürzung oder -umgehung (unter anderem durch missbräuchliche Gestaltungen mit dem Ziel des Erhalts von in diesem Abkommen vorgesehenen Erleichterungen zum mittelbaren Nutzen von in Drittstaaten ansässigen Personen) zu schaffen,

Haben Folgendes vereinbart:

Text

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen oder von Teilen des Einkommens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in Österreich:
 - i) die Einkommensteuer und
 - ii) die Körperschaftsteuer;
 - (im Folgenden als “österreichische Steuer” bezeichnet);
- b) in den Vereinigten Arabischen Emiraten:
 - i) die Einkommensteuer und
 - ii) die Körperschaftsteuer;
 - (im Folgenden als “Steuer der V.A.E.” bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

- a) bedeuten die Ausdrücke “ein Vertragsstaat” und “der andere Vertragsstaat”, je nach dem Zusammenhang, die Republik Österreich oder die Vereinigten Arabischen Emirate;
- b) bedeutet der Ausdruck “Österreich” die Republik Österreich;
- c) bedeutet der Ausdruck “Vereinigte Arabische Emirate” die Vereinigten Arabischen Emirate, und, im geografischen Sinn verwendet, das Gebiet, welches als Staatsgebiet der Souveränität unterliegt, ebenso wie die Küstengewässer, den Luftraum und die unterseeischen Gebiete, über die die Vereinigten Arabischen Emirate in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und dem Recht der Vereinigten Arabischen Emirate Hoheitsrechte ausüben, einschließlich des Festlandes und der Inseln, die ihrer Rechtsprechung in Bezug auf Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erforschung oder Ausbeutung von Bodenschätzen unterliegen;
- d) bedeutet der Ausdruck “Steuer”, je nach dem Zusammenhang, österreichische Steuer oder Steuer der V.A.E.;
- e) umfasst der Ausdruck “Person” natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- f) bedeutet der Ausdruck “Gesellschaft” juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- g) bedeuten die Ausdrücke “Unternehmen eines Vertragsstaats” und “Unternehmen des anderen Vertragsstaats”, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- h) bedeutet der Ausdruck “internationaler Verkehr” jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- i) bedeutet der Ausdruck “zuständige Behörde”
 - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii) in den Vereinigten Arabischen Emiraten: den Minister für Finanzen und Industrie oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
- j) bedeutet der Ausdruck “Staatsangehöriger”
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person":

a) in Österreich:

eine Person, die nach österreichischem Recht dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften; der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in Österreich nur mit Einkünften aus Quellen in Österreich steuerpflichtig ist;

b) in den Vereinigten Arabischen Emiraten:

(i) eine natürliche Person, die nach dem Recht der Vereinigten Arabischen Emirate auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts oder eines anderen ähnlichen Merkmals als ansässig gilt;

(ii) eine Gesellschaft oder eine juristische Person, die nach dem Recht der Vereinigten Arabischen Emirate auf Grund ihres Sitzes, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines ähnlichen Merkmals eingetragen oder errichtet worden ist;

(iii) diesen Staat und seine Gebietskörperschaften, lokalen Verwaltungen oder staatlichen Einrichtungen.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

e) eine Werkstätte und

f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt

Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(8) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Gewinne" umfasst auch Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und einer anderen steuerlich gleichbehandelten Personenvereinigung und im Fall Österreichs auch aus der Beteiligung an einer stillen Gesellschaft des österreichischen Rechts.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

(1) Ungeachtet des Artikels 7 dürfen Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr erzielt, nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 dieses Artikels gilt auch für die unter diesen Artikel fallenden Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus ihrer Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle bezieht.

(3) Im Sinne dieses Artikels

a) umfasst der Ausdruck "Gewinne":

- i) Gewinne, Nettogewinne, Bruttoeinnahmen und Einkünfte, die unmittelbar aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr stammen;
- ii) Zinsen von Einnahmen, die unmittelbar aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr stammen, wenn die Zinsen im Rahmen dieses Betriebes anfallen;
- iii) Einkünfte aus dem Ticketverkauf für ein Luftfahrtunternehmen, und
- iv) Einkünfte aus dem Verkauf von Ingenieurleistungen an Dritte und Einkünfte aus anderen technischen Leistungen, die im Rahmen des Betriebes eines Luftfahrtunternehmens anfallen;

b) umfasst der Ausdruck "Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen":

- i) den Charter oder die Miete von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen;
- ii) die Miete von Containern und dazugehöriger Ausrüstung, und
- iii) die Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, Containern und dazugehöriger Ausrüstung durch diese Person,

vorausgesetzt, dass der Charter, die Miete oder die Veräußerung im Rahmen des Betriebes von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr durch diese Person erfolgt.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

- (1)
- a) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.
 - b) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft zahlt, dürfen jedoch auch in diesem Staat nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.
 - c) Ungeachtet des Buchstabens b dürfen Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft zahlt, nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn der Nutzungsberechtigte
 - (i) der andere Staat selbst oder eine seiner Gebietskörperschaften oder eine qualifizierte staatliche Einrichtung ist, oder

(ii) eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt. (2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zu Grunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und deren Nutzungsberechtigter eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, dürfen nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematografischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zu Grunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem

Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

SELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so dürfen die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck "freier Beruf" umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

UNSELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 17, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das Unternehmen ansässig ist, das das Seeschiff oder Luftfahrzeug im internationalen Verkehr betreibt.

Artikel 16

LEHRER UND FORSCHER

Eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor ihrem Aufenthalt im anderen Staat ansässig war, und die sich im anderen Staat auf Einladung einer Universität, eines Colleges, einer Schule oder einer anderen ähnlichen Bildungseinrichtung oder einer wissenschaftlichen Forschungseinrichtung für einen Zeitraum, der zwei Jahre nicht übersteigt, ausschließlich zum Zwecke des Unterrichts oder der Forschung oder zu beiden Zwecken an dieser Bildungseinrichtung oder der wissenschaftlichen Forschungseinrichtung aufhält, ist im anderen Staat hinsichtlich der Vergütungen für diese Unterrichtstätigkeit oder Forschung für einen Zeitraum, der zwei Jahre nicht übersteigt, von der Besteuerung ausgenommen.

Artikel 17

STUDENTEN

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat durchgeführten Studien oder seiner dortigen Ausbildung steht.

Artikel 18

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 19

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 20 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 20

ÖFFENTLICHER DIENST

(1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die dem österreichischen Handelsdelegierten in den Vereinigten Arabischen Emiraten und den Mitgliedern dieser österreichischen Außenhandelsstelle sowie den Mitgliedern der Abu Dhabi Investment Authority in Österreich gezahlt werden.

(4) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 18, 19 oder 21 anzuwenden.

Artikel 21

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließend Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 sind Einkünfte aus einer solchen Tätigkeit, die im Rahmen eines zwischen den beiden Vertragsstaaten geschlossenen Kulturübereinkommens ausgeübt wird, von der Besteuerung in dem Staat, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird, ausgenommen, jedoch nur, wenn diese

Tätigkeit von der Regierung eines Vertragsstaats gefördert oder aus öffentlichen Mitteln der Vertragsstaaten finanziert wird und die Tätigkeit nicht zum Zwecke der Gewinnerzielung ausgeübt wird.

Artikel 22

ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 23

RÜCKERSTATTUNG

Den Rückerstattungsanträgen, die innerhalb jener Frist zu stellen sind, die die gesetzlichen Bestimmungen des zur Rückerstattung verpflichteten Vertragsstaats vorsehen, ist eine amtliche Bescheinigung des Vertragsstaats anzuschließen, in dem der Steuerpflichtige ansässig ist, in der das Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen bestätigt wird, die zur Anwendung der in diesem Abkommen vorgesehenen Begünstigungen berechtigen.

Artikel 24

METHODEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

(1) In den Vereinigten Arabischen Emiraten wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden: Bezieht eine in den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässige Person Einkünfte, die nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden dürfen, so rechnen die Vereinigten Arabischen Emirate auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Österreich bezogenen Einkünfte entfällt.

(2) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden: Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach diesem Abkommen in den Vereinigten Arabischen Emiraten besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in den Vereinigten Arabischen Emiraten gezahlten Steuer entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die Einkünfte entfällt, die in den Vereinigten Arabischen Emiraten besteuert werden dürfen.

(3) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in diesem Staat auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen der Person einbezogen werden.

Artikel 25

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 26

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 25 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 27

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

- (3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,
- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
 - b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
 - c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

Artikel 28

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 29

IN-KRAFT-TRETEN

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden für alle Steuerjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

Artikel 30

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Abu Dhabi, am 22. September 2003, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Falle von Abweichungen geht der englische Text vor.

Artikel 28A

ANSPRUCH AUF VERGÜNSTIGUNGEN

Ungeachtet der sonstigen Bestimmungen dieses Abkommens wird eine Vergünstigung nach dem Abkommen nicht für bestimmte Einkünfte gewährt, wenn unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Tatsachen und Umstände die Feststellung gerechtfertigt ist, dass der Erhalt dieser Vergünstigung einer der Hauptzwecke einer Gestaltung oder Transaktion war, die unmittelbar oder mittelbar zu dieser Vergünstigung geführt hat, es sei denn, es wird nachgewiesen, dass die Gewährung dieser Vergünstigung

unter diesen Umständen mit dem Ziel und Zweck der einschlägigen Bestimmungen dieses Abkommens im Einklang steht.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Republik Österreich auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen sind die Unterzeichneten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Bestimmungen des Abkommens, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECD-Kommentar dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich aller gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach dem In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben. Der OECD-Kommentar, der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann, stellt eine Auslegungshilfe dar. Im Fall einer unterschiedlichen Auslegung im OECD-Kommentar wäre eine einheitliche Auslegung im gegenseitigen Einvernehmen gemäß Artikel 26 zu suchen.

Zu Artikel 4

Im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 umfasst der Ausdruck “ansässige Person” in den Vereinigten Arabischen Emiraten:

- a) die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate oder ihre Gebietskörperschaften;
- b) nach öffentlichem Recht errichtete staatliche Einrichtungen, wie die Zentralbank, Fonds, Körperschaften, Behörden, Stiftungen, Agenturen oder ähnliche Rechtsträger, die in den Vereinigten Arabischen Emiraten gegründet worden sind;
- c) die im Buchstaben a des Absatzes des Protokolls mit der Überschrift „Zu Artikel 10” genannten qualifizierten staatlichen Einrichtungen in den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Zu Artikel 7 Absatz 8

Es gilt als vereinbart, dass bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinnes einer Personengesellschaft, der die Grundlage für die Ermittlung des Gewinnanteils der Gesellschafter bildet, bei der Personengesellschaft entstandene Aufwendungen nach den allgemeinen Bestimmungen des innerstaatlichen Steuerrechts und nach Artikel 7 dieses Abkommens abzugsfähig sind.

Zu den Artikeln 7, 10 und 24

Es gilt als vereinbart, dass der Transfer von Gewinnen einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, vom anderen Vertragsstaat in den erstgenannten Staat im anderen Vertragsstaat nicht besteuert wird.

Zu Artikel 10

In Bezug auf Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe c bedeutet der Ausdruck “qualifizierte staatliche Einrichtung” jede Einrichtung oder Institution, die unmittelbar oder mittelbar im Alleineigentum der nationalen oder lokalen Verwaltung oder ihren Gebietskörperschaften steht und umfasst die folgenden Einrichtungen:

- a) In den Vereinigten Arabischen Emiraten:
 - (i) die Zentralbank der Vereinigten Arabischen Emirate,
 - (ii) die Emirates Investment Authority,
 - (iii) die Abu Dhabi Investment Authority,
 - (iv) den Abu Dhabi Investment Council,
 - (v) die Investment Corporation of Dubai,
 - (vi) die Mubadala Investment Company,
 - (vii) die Abu Dhabi Developmental Holding Company (ADQ),
 - (viii) die International Petroleum Investment Company (IPIC),
 - (ix) den Abu Dhabi Retirement Pensions and Benefits Fund,
 - (x) die General Pension and Social Security Authority;
 - (xi) jede Einrichtung, deren Kapital unmittelbar oder mittelbar im Alleineigentum der Vereinigten Arabischen Emirate, der nationalen oder lokalen Verwaltung oder ihrer Gebietskörperschaften

steht, nach Maßgabe der jeweiligen Verständigungen zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten.

b) in Österreich:

- (i) die Oesterreichische Nationalbank (OeNB);
- (ii) jede Einrichtung, deren Kapital unmittelbar oder mittelbar im Alleineigentum der Republik Österreich steht, nach Maßgabe der jeweiligen Verständigungen zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten.

(Anm.: Abs. „Zu den Artikeln 8 und 13“ aufgehoben durch BGBl. I Nr. 211/2022)

Zu den Artikeln 11 und 13

Für die Auslegung der Artikel 11 und 13 gilt als vereinbart, dass Zinsen und Einkünfte aus der Veräußerung von Anteilen an einer Gesellschaft, oder von Anleihen oder Obligationen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person, einschließlich der Regierung, der Finanzinstitute oder Investmentgesellschaften dieses Staates bezieht, nur im Ansässigkeitsstaat besteuert werden dürfen.

Zu Artikel 23

Artikel 23 hindert einen Vertragsstaat nicht daran, für Einkünfte aus Quellen dieses Staates, die eine im anderen Staat ansässige Person bezieht, eine direkte Entlastung von der Steuer zu gewähren, wenn diese Einkünfte von der Steuer im erstgenannten Staat befreit sind oder gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens einer ermäßigten Steuer unterliegen und die Berechtigung, sich auf die Abkommensvorteile berufen zu können, durch eine von den Steuerbehörden des Vertragsstaats, in dem der Empfänger der Einkünfte ansässig ist, ausgestellte Ansässigkeitsbescheinigung nachgewiesen wird. Artikel 23 darf zu keiner Diskriminierung einer in Österreich ansässigen Person verglichen mit der Behandlung einer in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässigen Person führen.

Zu Artikel 27

(i) Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) eine Stellungnahme betreffend die erbetenen Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
- c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
- d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
- e) den Namen und die Anschrift von Personen, soweit bekannt, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;

f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden. (ii) Es gilt als vereinbart, dass der in Artikel 27 vorgesehene Informationsaustausch nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen (“ fishing expeditions”).

(iii) In Bezug auf den letzten Satz des Artikels 27 Absatz 2 und in Übereinstimmung mit Absatz 1 des Protokolls betreffend die „Auslegung des Abkommens“ gilt als vereinbart, dass der Auslegungshilfe in Ziffer 12.3 des Kommentars zu Artikel 26 des OECD-Musterabkommens, der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann, zu folgen ist. Bei der Einholung der Zustimmung der zuständigen Behörde des ersuchten Staates führt der ersuchende Staat die anderen nichtsteuerlichen Zwecke an, für die er die Informationen verwenden will, und teilt die Gerichts- und Justizbehörden mit, mit denen er die Informationen teilen wird.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Abu Dhabi, am 22. September 2003, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Falle von Abweichungen geht der englische Text vor.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2022

Ausgegeben am 30. Dezember 2022

Teil III

211. Protokoll zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten zur Abänderung des am 22. September 2003 in Abu Dhabi unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen
(NR: GP XXVII RV 1030 AB 1148 S. 131. BR: AB 10778 S. 934.)

211.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

Protokoll zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten zur Abänderung des am 22. September 2003 in Abu Dhabi unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen¹

[Abänderungsprotokoll in deutscher Sprachfassung siehe Anlagen]

[Abänderungsprotokoll in englischer Sprachfassung siehe Anlagen]

[Abänderungsprotokoll in arabischer Sprachfassung siehe Anlagen]

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 20. Dezember 2022 ausgetauscht; das Abänderungsprotokoll tritt gemäß seinem Art. 9 Abs. 2 mit 1. März 2023 in Kraft.

Nehammer

¹ Kundgemacht in BGBl. III Nr. 88/2004.

PROTOKOLL
ZWISCHEN
DER REPUBLIK ÖSTERREICH
UND
DEN VEREINIGTEN ARABISCHEN EMIRATEN

ZUR ABÄNDERUNG DES AM 22. SEPTEMBER 2003 IN ABU DHABI
UNTERZEICHNETEN ABKOMMENS ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH
UND DEN VEREINIGTEN ARABISCHEN EMIRATEN AUF DEM GEBIETE DER
STEUERN VOM EINKOMMEN

Die Republik Österreich und die Vereinigten Arabischen Emirate,

von dem Wunsch geleitet, ein Protokoll zur Abänderung des am 22. September 2003 in Abu Dhabi unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen abzuschließen (im Folgenden als „das Abkommen“ bezeichnet),

Haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Der Titel des Abkommens wird aufgehoben und wie folgt ersetzt:

„ABKOMMEN
ZWISCHEN
DER REPUBLIK ÖSTERREICH
UND
DEN VEREINIGTEN ARABISCHEN EMIRATEN
ZUR BESEITIGUNG DER DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM GEBIETE DER
STEUERN VOM EINKOMMEN UND ZUR VERHINDERUNG DER
STEUERVERKÜRZUNG UND -UMGEHUNG“

Artikel 2

Die bestehende Präambel des Abkommens wird durch die folgende Präambel ersetzt:

„Die Republik Österreich und die Vereinigten Arabischen Emirate,

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln und ihre Zusammenarbeit in Steuersachen zu vertiefen,

in der Absicht, die Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen zu beseitigen, ohne Möglichkeiten zur Nicht- oder Niedrigbesteuerung durch Steuerverkürzung oder -umgehung (unter anderem durch missbräuchliche Gestaltungen mit dem Ziel des Erhalts von in diesem Abkommen vorgesehenen Erleichterungen zum mittelbaren Nutzen von in Drittstaaten ansässigen Personen) zu schaffen,

Haben Folgendes vereinbart:”

Artikel 3

Artikel 4 Absatz 1 lit. a des Abkommens wird aufgehoben und wie folgt ersetzt:

„a) in Österreich:

eine Person, die nach österreichischem Recht dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften; der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in Österreich nur mit Einkünften aus Quellen in Österreich steuerpflichtig ist;”

Artikel 4

Artikel 10 Absatz 1 des Abkommens wird aufgehoben und wie folgt ersetzt:

„(1)

- a) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.
- b) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft zahlt, dürfen jedoch auch in diesem Staat nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.
- c) Ungeachtet des Buchstabens b dürfen Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft zahlt, nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn der Nutzungsberechtigte
 - (i) der andere Staat selbst oder eine seiner Gebietskörperschaften oder eine qualifizierte staatliche Einrichtung ist, oder
 - (ii) eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt.“

Artikel 5

Artikel 24 Absatz 2 des Abkommens wird aufgehoben und wie folgt ersetzt:

„(2) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach diesem Abkommen in den Vereinigten Arabischen Emiraten besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der in den Vereinigten Arabischen Emiraten gezahlten Steuer entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die Einkünfte entfällt, die in den Vereinigten Arabischen Emiraten besteuert werden dürfen.“

Artikel 6

Artikel 27 des Abkommens wird aufgehoben und wie folgt ersetzt:

„Artikel 27

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.”

Artikel 7

Der folgende neue Artikel 28A wird dem Abkommen unmittelbar nach Artikel 28 hinzugefügt:

„Artikel 28A

ANSPRUCH AUF VERGÜNSTIGUNGEN

Ungeachtet der sonstigen Bestimmungen dieses Abkommens wird eine Vergünstigung nach dem Abkommen nicht für bestimmte Einkünfte gewährt, wenn unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Tatsachen und Umstände die Feststellung gerechtfertigt ist, dass der Erhalt dieser Vergünstigung einer der Hauptzwecke einer Gestaltung oder Transaktion war, die unmittelbar oder mittelbar zu dieser Vergünstigung geführt hat, es sei denn, es wird nachgewiesen, dass die Gewährung dieser Vergünstigung unter diesen Umständen mit dem Ziel und Zweck der einschlägigen Bestimmungen dieses Abkommens im Einklang steht.”

Artikel 8

Das am 22. September 2003 in Abu Dhabi unterzeichnete Protokoll, das einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bildet, wird wie folgt abgeändert:

1. Der Absatz mit der Überschrift „Auslegung des Abkommens” wird aufgehoben und durch den folgenden Absatz ersetzt:

„Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Bestimmungen des Abkommens, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen

und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECD-Kommentar dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich aller gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach dem In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben. Der OECD-Kommentar, der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann, stellt eine Auslegungshilfe dar. Im Fall einer unterschiedlichen Auslegung im OECD-Kommentar wäre eine einheitliche Auslegung im gegenseitigen Einvernehmen gemäß Artikel 26 zu suchen.“

2. Lit. c des Absatzes mit der Überschrift „Zu Artikel 4“ wird aufgehoben und wie folgt ersetzt:

„c) die im Buchstaben a des Absatzes des Protokolls mit der Überschrift „Zu Artikel 10“ genannten qualifizierten staatlichen Einrichtungen in den Vereinigten Arabischen Emiraten.“

3. Der folgende neue Absatz wird unmittelbar nach dem Absatz mit der Überschrift „Zu den Artikeln 7, 10 und 24“ hinzugefügt:

„Zu Artikel 10

In Bezug auf Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe c bedeutet der Ausdruck „qualifizierte staatliche Einrichtung“ jede Einrichtung oder Institution, die unmittelbar oder mittelbar im Alleineigentum der nationalen oder lokalen Verwaltung oder ihren Gebietskörperschaften steht und umfasst die folgenden Einrichtungen:

a) In den Vereinigten Arabischen Emiraten:

- (i) die Zentralbank der Vereinigten Arabischen Emirate,
- (ii) die Emirates Investment Authority,
- (iii) die Abu Dhabi Investment Authority,
- (iv) den Abu Dhabi Investment Council,
- (v) die Investment Corporation of Dubai,
- (vi) die Mubadala Investment Company,
- (vii) die Abu Dhabi Developmental Holding Company (ADQ),
- (viii) die International Petroleum Investment Company (IPIC),
- (ix) den Abu Dhabi Retirement Pensions and Benefits Fund,
- (x) die General Pension and Social Security Authority;
- (xi) jede Einrichtung, deren Kapital unmittelbar oder mittelbar im Alleineigentum der Vereinigten Arabischen Emirate, der nationalen oder lokalen Verwaltung oder ihrer Gebietskörperschaften steht, nach Maßgabe der jeweiligen Verständigungen zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten.

b) in Österreich:

- (i) die Oesterreichische Nationalbank (OeNB);
- (ii) jede Einrichtung, deren Kapital unmittelbar oder mittelbar im Alleineigentum der Republik Österreich steht, nach Maßgabe der jeweiligen Verständigungen zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten.“

4. Der Absatz mit der Überschrift „Zu den Artikeln 8 und 13“ wird aufgehoben.

5. Der Absatz mit der Überschrift „Zu den Artikeln 10, 11 und 13“ wird aufgehoben und durch den folgenden Absatz ersetzt:

„Zu den Artikeln 11 und 13

Für die Auslegung der Artikel 11 und 13 gilt als vereinbart, dass Zinsen und Einkünfte aus der Veräußerung von Anteilen an einer Gesellschaft, oder von Anleihen oder Obligationen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person, einschließlich der Regierung, der Finanzinstitute oder Investmentgesellschaften dieses Staates bezieht, nur im Ansässigkeitsstaat besteuert werden dürfen.“

6. Der folgende neue Absatz wird unmittelbar nach dem Absatz mit der Überschrift „Zu Artikel 23“ hinzugefügt:

„Zu Artikel 27

(i) Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Einkünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) eine Stellungnahme betreffend die erbetenen Einkünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Einkünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
- c) den steuerlichen Zweck, für den um die Einkünfte ersucht wird;
- d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Einkünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
- e) den Namen und die Anschrift von Personen, soweit bekannt, in deren Besitz sich die erbetenen Einkünfte vermutlich befinden;
- f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Einkünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

(ii) Es gilt als vereinbart, dass der in Artikel 27 vorgesehene Informationsaustausch nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisaufklärung dienen (“fishing expeditions”).

(iii) In Bezug auf den letzten Satz des Artikels 27 Absatz 2 und in Übereinstimmung mit Absatz 1 des Protokolls betreffend die „Auslegung des Abkommens“ gilt als vereinbart, dass der Auslegungshilfe in Ziffer 12.3 des Kommentars zu Artikel 26 des OECD-Musterabkommens, der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann, zu folgen ist. Bei der Einholung der Zustimmung der zuständigen Behörde des ersuchten Staates führt der ersuchende Staat die anderen nichtsteuerlichen Zwecke an, für die er die Informationen verwenden will, und teilt die Gerichts- und Justizbehörden mit, mit denen er die Informationen teilen wird.“

Artikel 9

- (1) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.
- (2) Dieses Protokoll tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat unmittelbar folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden Anwendung:
- a) hinsichtlich der im Abzugsweg eingehobenen Steuern auf Beträge, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres gezahlt werden, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt;
 - b) hinsichtlich anderer Steuern auf Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt.
- (3) Dieses Protokoll bildet einen integrierenden Bestandteil des Abkommens und tritt zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Abkommens außer Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig Bevollmächtigten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Dubai, am 1. Juli 2021 in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Falle von Abweichungen geht der englische Text vor.

Für die Republik Österreich:

Gernot Blümel m. p.

Für die Vereinigten Arabischen Emirate:

Obaid Humaid Al Tayer m. p.

PROTOCOL
BETWEEN
THE REPUBLIC OF AUSTRIA
AND
THE UNITED ARAB EMIRATES

AMENDING THE CONVENTION BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
UNITED ARAB EMIRATES WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME, SIGNED IN
ABU DHABI ON 22 SEPTEMBER 2003

The Republic of Austria and the United Arab Emirates,

Desiring to conclude a Protocol amending the Convention between the Republic of Austria and the United Arab Emirates with respect to taxes on income, signed in Abu Dhabi on 22 September 2003 (hereinafter referred to as “the Convention”),

Have agreed as follows:

Article 1

The title to the Convention shall be deleted and replaced by the following:

**“CONVENTION
BETWEEN
THE REPUBLIC OF AUSTRIA
AND
THE UNITED ARAB EMIRATES
FOR THE ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES
ON INCOME AND THE PREVENTION OF TAX EVASION AND AVOIDANCE”**

Article 2

The existing preamble of the Convention shall be replaced by the following preamble:

“The Republic of Austria and the United Arab Emirates,

Desiring to further develop their economic relationship and to enhance their cooperation in tax matters,

Intending to eliminate double taxation with respect to taxes on income without creating opportunities for non-taxation or reduced taxation through tax evasion or avoidance (including through treaty-shopping arrangements aimed at obtaining reliefs provided in this Convention for the indirect benefit of residents of third States),

Have agreed as follows:"

Article 3

Sub-paragraph a) of paragraph 1 of Article 4 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

“a) in Austria:

any person who, under the laws of Austria, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any political subdivision or local authority thereof; this term, however, does not include any person who is liable to tax in Austria in respect only of income from sources in Austria;”

Article 4

Paragraph 1 of Article 10 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

“(1)

- a) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.
- b) However, dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State may also be taxed in that State according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the dividends.
- c) Notwithstanding the provisions of sub-paragraph b), dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State shall be taxable only in the other Contracting State if the beneficial owner is:
 - (i) that other State itself, a political subdivision or local authority thereof or a Qualified Government Entity, or
 - (ii) a company (other than a partnership) which holds directly at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends.”

Article 5

Paragraph 1 of Article 24 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

“(1) In the case of Austria, double taxation shall be eliminated as follows:

Where a resident of Austria derives income which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in the United Arab Emirates, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in the United Arab Emirates.

Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to the income which may be taxed in the United Arab Emirates.”

Article 6

Article 27 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

“Article 27

EXCHANGE OF INFORMATION

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is foreseeably relevant for carrying out the provisions of this Convention or to the administration or enforcement of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of the Contracting States, or of their political subdivisions or local authorities, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention. The exchange of information is not restricted by Articles 1 and 2.

(2) Any information received under paragraph 1 by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, the determination of appeals in relation to the taxes referred to in paragraph 1, or the oversight of the above. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Notwithstanding the foregoing, information received by a Contracting State may be used for other purposes when such information may be used for such other purposes under the laws of both States and the competent authority of the supplying State authorises such use.

(3) In no case shall the provisions of paragraphs 1 and 2 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial,

commercial or professional secret or trade process, or information the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

(4) If information is requested by a Contracting State in accordance with this Article, the other Contracting State shall use its information gathering measures to obtain the requested information, even though that other State may not need such information for its own tax purposes. The obligation contained in the preceding sentence is subject to the limitations of paragraph 3 but in no case shall such limitations be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because it has no domestic interest in such information.

(5) In no case shall the provisions of paragraph 3 be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because the information is held by a bank, other financial institution, nominee or person acting in an agency or a fiduciary capacity or because it relates to ownership interests in a person.”

Article 7

The following new Article 28A shall be inserted into the Convention immediately after Article 28:

“Article 28A

ENTITLEMENT TO BENEFITS

Notwithstanding the other provisions of this Convention, a benefit under this Convention shall not be granted in respect of an item of income if it is reasonable to conclude, having regard to all relevant facts and circumstances, that obtaining that benefit was one of the principle purposes of any arrangement or transaction that resulted directly or indirectly in that benefit, unless it is established that granting that benefit in these circumstances would be in accordance with the object and purpose of the relevant provisions of this Convention.”

Article 8

The Protocol signed in Abu Dhabi on the 22nd day of September 2003, which forms an integral part of the Convention, shall be amended as follows:

1. The paragraph headed “Interpretation of the Convention” shall be deleted and replaced by the following paragraph:

“Interpretation of the Convention

It is understood that provisions of the Convention which are drafted according to the corresponding provisions of the OECD Model Convention on income and on capital shall generally be expected to have the same meaning as expressed in the OECD Commentaries thereon. The understanding in the preceding sentence will not apply with respect to any contrary interpretation agreed to by the competent authorities after the entry into force of the Convention. The OECD Commentaries – as they may be revised from time to time – constitute a means of interpretation. In case of any divergence in the interpretation as expressed in the OECD Commentaries, a common interpretation would have to be sought by mutual agreement

according to Article 26.”

2. Sub-paragraph c) of the paragraph headed “Ad Article 4” shall be deleted and replaced by the following:

“c) the qualified government entities mentioned in sub-paragraph a) of the paragraph headed “Ad Article 10” of the Protocol in the case of the United Arab Emirates.”

3. The following new paragraph shall be added immediately after the paragraph headed “Ad Articles 7, 10 and 24”:

“Ad Article 10

With respect to sub-paragraph c) of paragraph 1 of Article 10 the term “qualified government entity” shall mean any entity or institution which is wholly owned directly or indirectly, by the federal or local government, a political subdivision, or a local authority thereof and shall include the following entities:

a) in the case of the United Arab Emirates:

- (i) Central Bank of the United Arab Emirates,
- (ii) Emirates Investment Authority,
- (iii) Abu Dhabi Investment Authority,
- (iv) Abu Dhabi Investment Council,
- (v) Investment Corporation of Dubai,
- (vi) Mubadala Investment Company,
- (vii) Abu Dhabi Developmental Holding Company (ADQ),
- (viii) International Petroleum Investment Company (IPIC),
- (ix) the Abu Dhabi Retirement Pensions and Benefits Fund,
- (x) the General Pension and Social Security Authority;
- (xi) any entity the capital of which is wholly owned directly or indirectly, by the United Arab Emirates, by the federal or local government, a political subdivision, or a local authority thereof, as shall be exchanged from time to time between the Contracting States through notifications by the competent authorities.

b) in the case of the Republic of Austria:

- (i) Oesterreichische Nationalbank (OeNB);
- (ii) any entity the capital of which is wholly owned directly or indirectly, by the Republic of Austria, as shall be exchanged from time to time between the Contracting States through notifications by the competent authorities.”

4. The paragraph headed “Ad Articles 8 and 13” shall be deleted.

5. The paragraph headed “Ad Articles 10, 11 and 13” shall be deleted and replaced by the following paragraph:

“Ad Articles 11 and 13

For the purposes of the interpretation of Articles 11 and 13 it is understood that interest and capital gains from the alienation of shares in a company, or of securities, bonds or debentures derived by a resident of a Contracting State, including the government, financial institutions or

investment companies of that State, shall be taxable only in that State of residence.”

6. The following new paragraph shall be added immediately after the paragraph headed “Ad Article 23”:

“Ad Article 27

(i) The competent authority of the applicant State shall provide the following information to the competent authority of the requested State when making a request for information under the Convention to demonstrate the foreseeable relevance of the information to the request:

- a) the identity of the person under examination or investigation;
- b) a statement of the information sought including its nature and the form in which the applicant State wishes to receive the information from the requested State;
- c) the tax purpose for which the information is sought;
- d) grounds for believing that the information requested is held in the requested State or is in the possession or control of a person within the jurisdiction of the requested State;
- e) to the extent known, the name and address of any person believed to be in possession of the requested information;
- f) a statement that the applicant State has pursued all means available in its own territory to obtain the information, except those that would give rise to disproportionate difficulties.

(ii) It is understood that the exchange of information provided in Article 27 does not include measures which constitute “fishing expeditions”.

(iii) With reference to the final sentence of paragraph 2 of Article 27 and in line with paragraph 1 of the Protocol on the “Interpretation of the Convention”, it is agreed that the guidance in paragraph 12.3 of the Commentary on Article 26 of the OECD Model Convention – as it may be revised from time to time – shall be followed. In seeking the authorization of the competent authority of the supplying State, the requesting State shall specify the other non-tax purposes for which it wishes to use the information and shall identify the legal agencies or judicial authorities with whom it will share the information.”

Article 9

(1) This Protocol shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) The Protocol shall enter into force on the first day of the third month next following that in which the exchange of instruments of ratification takes place and its provisions shall have effect:

- a) in respect of taxes withheld at source, for amounts paid after December 31 of the calendar year in which the exchange of instruments of ratification takes place;

b) in respect of other taxes, for any fiscal year beginning after December 31 of the calendar year in which the exchange of instruments of ratification takes place.

(3) This Protocol shall form an integral part of the Convention and be terminated at the time of termination of the Convention.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

DONE in duplicate at Dubai, on 1st July 2021, in the German, Arab and English languages, each text being equally authentic. In the case of divergence between the texts the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Gernot Blümel m. p.

For the United Arab Emirates:

Obaid Humaid Al Tayer m. p.

بروتوكول

بين

جمهورية النمسا

و

دولة الإمارات العربية المتحدة

لتعديل الاتفاقية بين جمهورية النمسا ودولة الإمارات العربية المتحدة فيما يتعلق بالضرائب
على الدخل، الموقعة في أبوظبي بتاريخ 22 سبتمبر 2003

ان جمهورية النمسا ودولة الإمارات العربية المتحدة ،

رغبة منهما في إبرام بروتوكول لتعديل الاتفاقية بين جمهورية النمسا ودولة الإمارات العربية المتحدة
فيما يتعلق بالضرائب على الدخل، الموقعة في أبوظبي بتاريخ 22 سبتمبر 2003 (المشار إليها فيما يلي
بـ"الاتفاقية")،

قد اتفقتا على ما يلي:

المادة 1

يحذف عنوان الاتفاقية ويستبدل بالتالي:

"اتفاقية

بين

جمهورية النمسا

و

دولة الإمارات العربية المتحدة

لإزالة الازدواج الضريبي فيما يتعلق بالضرائب على الدخل ومنع التهرب الضريبي والتجنب"

المادة 2

تستبدل المقدمة الحالية للاتفاقية بالمقدمة التالية:

"ان جمهورية النمسا ودولة الإمارات العربية المتحدة،

رغبة منهما في تطوير علاقتهما الاقتصادية وتعزيز تعاونهما في المسائل الضريبية،

اذ يعتزمان إزالة الازدواج الضريبي فيما يتعلق بالضرائب على الدخل بدون خلق فرص لعدم الخضوع للنظام الضريبي أو ضريبة مخفضة عن طريق التهرب أو التجنب الضريبي (بما في ذلك عن طريق ترتيبات الترح الضريبي من المعاهدات بهدف الحصول على الإعفاءات المنصوص عليها في هذه الاتفاقية للمصلحة غير المباشرة للمقيمين في دولة ثالثة)،

فقد اتفقتا على ما يلي:

المادة 3

تحذف الفقرة الفرعية (أ) من الفقرة 1 من المادة 4 من الاتفاقية وتستبدل بما يلي:

"أ) في النمسا:

أي شخص يكون، بموجب قوانين النمسا، خاضع للضريبة فيها بسبب موطنه أو محل إقامته أو مكان إدارته أو أي معيار آخر له طبيعة مماثلة، ويشمل أيضا تلك الدولة وأية قسم سياسي فرعي أو سلطة محلية تابعة لها؛ إلا أن هذا المصطلح لا يشمل أي شخص يخضع للضريبة في النمسا فيما يتعلق فقط بالدخل من المصادر في النمسا؛"

المادة 4

تحذف الفقرة 1 من المادة 10 من الاتفاقية وتستبدل بما يلي:

"(1)"

أ) الأرباح الموزعة التي تدفعها شركة مقيمة بدولة متعاقدة الى مقيم بالدولة المتعاقدة الأخرى، يجوز ان تخضع للضريبة في تلك الدولة الأخرى.
ب) إلا أن الأرباح الموزعة التي تدفعها شركة مقيمة بدولة متعاقدة يجوز أيضا ان تخضع للضريبة في تلك الدولة وفق قوانين تلك الدولة، ولكن إذا كان المالك المستفيد من الأرباح الموزعة مقيم بالدولة المتعاقدة الأخرى، فان الضريبة المفروضة لن تتجاوز 10 بالمائة.

ج) على الرغم من احكام الفقرة الفرعية (ب)، فان الأرباح الموزعة التي تدفعها شركة مقيمة بدولة متعاقدة ستخضع للضريبة فقط في الدولة المتعاقدة الأخرى إذا كان المالك المستفيد هو:

(1) تلك الدولة الأخرى نفسها، قسم سياسي فرعي أو سلطة محلية تابعة لها أو كيان حكومي مؤهل، أو

(2) شركة (غير الشراكة) التي تمتلك مباشرة 10 بالمائة على الأقل من رأس مال الشركة الدافعة للأرباح الموزعة."

المادة 5

تحذف الفقرة 1 من المادة 24 من الاتفاقية وتستبدل بما يلي:

"(1) في حالة النمسا، يتم إزالة الأزواج الضريبي كما يلي:

حيثما يحصل مقيم بالنمسا على دخل والذي وفقاً لأحكام هذه الاتفاقية يجوز ان يخضع للضريبة في دولة الإمارات العربية المتحدة، تقوم النمسا بالسماح بخصم من ضريبة دخل ذلك المقيم مبلغ مساوي للضريبة المدفوعة في دولة الإمارات العربية المتحدة.

إلا أن هذا الخصم لن يتجاوز ذلك الجزء من الضريبة، كما هو محسوب قبل أن يُعطى الخصم، والذي ينسب إلى الدخل الذي يجوز فرض ضريبة عليه في دولة الإمارات العربية المتحدة."

المادة 6

تحذف المادة 27 من الاتفاقية وتستبدل بما يلي:

المادة 27

تبادل المعلومات

1. تبادل السلطات المختصة للدول المتعاقدة المعلومات المعنية لتنفيذ أحكام هذه الاتفاقية أو إدارة أو تنفيذ القوانين المحلية المتعلقة بالضرائب بغض النظر عن نوعها وتسميتها المفروضة نيابة عن الدول المتعاقدة، أو أقسامها السياسية الفرعية أو سلطاتها المحلية، طالما أنّ النظام الضريبي لا يتعارض مع هذه الاتفاقية. ان تبادل المعلومات غير مقيد بالمادتين 1 و2.
2. أيّ معلومات استلمت بموجب الفقرة 1 من قبل دولة متعاقدة ستعامل بسرية بنفس الطريقة التي حصلت المعلومات عليها بموجب القوانين المحلية لتلك الدولة، وستكشف فقط إلى الأشخاص أو السلطات (يتضمن ذلك المحاكم والأجهزة الإدارية) المهتمّة بالتقييم أو التحصيل، التنفيذ أو المحاكمة، الملاحقة المتعلقة بالاستئنافات فيما يتعلق بالضرائب المشار إليها في الفقرة 1، أو الإشراف على ما سبق. وسيستعمل مثل هؤلاء الأشخاص أو السلطات المعلومات فقط لهذه الأغراض ويمكنهم كشف المعلومات في إجراءات المحكمة العامة أو في القرارات القضائية. بالرغم مما سبق فإن المعلومات المستلمة من دولة متعاقدة يجوز ان تستخدم لأغراض أخرى عندما يجوز استخدام مثل هذه المعلومات لمثل هذه الأغراض الأخرى بموجب قانون كلتا الدولتين وتصرح السلطة المختصة للدولة الموفرة للمعلومات بمثل هذا الاستخدام.
3. في أي حالة لن تكون بنود الفقرات 1 و2 مفسّرة بما قد يفرض على دولة متعاقدة الالتزام:
- (أ) بتنفيذ إجراءات إدارية مخالفة للقوانين والممارسة الإدارية لتلك الدولة المتعاقدة أو للدولة المتعاقدة الأخرى؛
- (ب) بتقديم المعلومات التي لا يمكن الحصول عليها بموجب القوانين أو الإجراء الطبيعي لإدارة تلك الدولة المتعاقدة أو الدولة المتعاقدة الأخرى؛
- (ج) بإعطاء المعلومات التي قد تكشف أيّ أسرار تتعلق بالتجارة أو العمل أو الصناعة أو المعاملات التجارية أو المهنية أو العمليات التجارية، أو معلومات التي يكون الكشف عنها مخالفا للسياسة العامة.
4. إذا طلبت معلومات من قبل دولة متعاقدة بالتوافق مع هذه المادة، تقوم الدولة المتعاقدة الأخرى باستعمال إجراءات جمع المعلومات للحصول على المعلومات المطلوبة، بالرغم من أنّ تلك الدولة الأخرى قد لا تحتاج مثل هذه المعلومات لأغراض ضريبتها الخاصة. إنّ الالتزام المحتوى في الجملة السابقة خاضع لتقييدات الفقرة 3، لكن لا يجوز في أي حالة أن تفسر مثل هذه التقييدات للسماح لدولة متعاقدة لرفض إعطاء المعلومات فقط لأنه ليس لها اهتمام محلي في مثل هذه المعلومات.

5. في أي حالة لن تكون بنود الفقرة 3 مفسرة للسماح لدولة متعاقدة لرفض إعطاء المعلومات فقط لأن المعلومات محفوظة لدى مصرف، مؤسسة مالية أخرى مرشح أو شخص يتصرف وفق وكالة أو قدرة ائتمانية أو لأنها تتعلق باهتمامات ملكية لشخص."

المادة 7

تضاف المادة الجديدة التالية (28 أ) الى الاتفاقية مباشرة بعد المادة (28):

"المادة 28 أ"

استحقاق المنافع

بصرف النظر عن الأحكام الأخرى من هذه الاتفاقية، لا يجوز منح منفعة بموجب هذه الاتفاقية فيما يتعلق بأحد بنود الدخل إذا كان من المعقول استنتاج، مع مراعاة جميع الوقائع والظروف ذات الصلة، أن الحصول على تلك المنفعة كان أحد الأغراض الرئيسية لأي ترتيب أو معاملة تسفر عن تلك المنفعة بصورة مباشرة أو غير مباشرة، ما لم يثبت أن منح تلك المنفعة في هذه الظروف سيكون وفقاً للهدف والغرض من الأحكام ذات الصلة من هذه الاتفاقية."

المادة 8

يعدل البروتوكول الموقع في أبوظبي بتاريخ 22 سبتمبر 2003، والذي يعتبر جزء لا يتجزأ من الاتفاقية كما يلي:

1. تحذف الفقرة بعنوان "تفسير الاتفاقية" وتستبدل بالفقرة التالية:

"تفسير الاتفاقية"

انه من المتفاهم عليه ان احكام الاتفاقية التي تم صياغتها وفق احكام الاتفاقية النموذجية لمنظمة التعاون الاقتصادي والتنمية الخاصة بالدخل ورأس المال، سيكون من المتوقع ان تكون بشكل عام لها نفس المعاني كما هي مذكورة في تفسيرات التابعة للاتفاقية النموذجية لمنظمة التعاون الاقتصادي والتنمية. ولن يطبق التفاهم الوارد في الجملة السابقة فيما يتعلق بأي

تفسير مخالف توافق عليه السلطات المختصة بعد بدء نفاذ الاتفاقية. إن تفسيرات منظمة التعاون الاقتصادي والتنمية – كما يمكن مراجعتها من وقت لآخر – تشكل وسيلة للتفسير. وفي حالة وجود أي تباين في التفسير كما هو مُعرب عنه في تفسيرات منظمة التعاون الاقتصادي والتنمية، يتعين التماس تفسير مشترك بالاتفاق المتبادل وفقا للمادة 26.

2. تحذف الفقرة الفرعية (ج) من الفقرة بعنوان "بالنسبة للمادة 4" وتستبدل بما يلي:

"ج) الكيانات الحكومية المؤهلة المذكورة في الفقرة الفرعية (أ) من الفقرة بعنوان "بالنسبة للمادة 10" من البروتوكول في حالة دولة الإمارات العربية المتحدة."

3. تضاف الفقرة الجديدة التالية مباشرة بعد الفقرة بعنوان "بالنسبة للمواد 7 و 10 و 24":
"بالنسبة للمادة 10"

فيما يتعلق بالفقرة الفرعية (ج) من الفقرة 1 من المادة 10 فإن المصطلح "كيان حكومي مؤهل" يعني أي كيان أو مؤسسة تكون مملوكة بالكامل بشكل مباشر أو غير مباشر، من قبل الحكومة الاتحادية أو المحلية، قسم سياسي فرعي، أو سلطة محلية تابعة لها وتشمل الكيانات التالية:
أ) في حالة دولة الإمارات العربية المتحدة:

(1) مصرف الإمارات العربية المتحدة المركزي؛

(2) جهاز الإمارات للاستثمار؛

(3) جهاز أبوظبي للاستثمار؛

(4) مجلس أبوظبي للاستثمار؛

(5) مؤسسة دبي للاستثمارات الحكومية؛

(6) شركة مبادلة للاستثمار؛

(7) شركة أبوظبي التنموية القابضة؛

(8) شركة الاستثمارات البترولية الدولية؛

(9) صندوق معاشات ومكافئات التقاعد لإمارة أبوظبي؛

(10) الهيئة العامة للمعاشات والتأمينات الاجتماعية؛

(11) أي كيان يكون رأس ماله مملوك بشكل كامل بشكل مباشر أو غير مباشر من قبل دولة الإمارات العربية المتحدة، من قبل الحكومة الاتحادية أو المحلية، قسم سياسي فرعي، أو سلطة محلية تابعة لها، كما سيتم تبادله من وقت لآخر بين الدولتين المتعاقدتين عن طريق الاخطارات من قبل السلطات المختصة.

(ب) في حالة جمهورية النمسا:

(1) مصرف النمسا الوطني؛

(2) أي كيان يكون رأس ماله مملوك بشكل مباشر أو غير مباشر من قبل جمهورية النمسا كما سيتم تبادله من وقت لآخر بين الدولتين المتعاقدتين عن طريق الاخطارات من قبل السلطات المختصة.

4. تحذف الفقرة بعنوان "بالنسبة للمواد 8 و13".

5. تحذف الفقرة بعنوان "بالنسبة للمواد 10 و11 و13" وتستبدل بالفقرة التالية:

"بالنسبة للمادتين 11 و 13

لأغراض تفسير المادتين 11 و13 فإنه من المتفاهم عليه ان الفائدة والأرباح الرأسمالية من التصرف في حصص شركة أو ضمانات أو سندات، أو سندات دين يكتسبها مقيم بدولة متعاقدة متضمنة الحكومة، المؤسسات المالية أو الشركات الاستثمارية لتلك الدولة، تخضع للضريبة فقط في دولة الإقامة."

6. تضاف الفقرة الجديدة التالية مباشرة بعد الفقرة بعنوان "بالنسبة للمادة 23":

"بالنسبة للمادة 27

(1) تقوم السلطة المختصة للدولة المقدمة للطلب بتوفير المعلومات التالية الى السلطة المختصة للدولة التي تطلب منها المعلومات عند التقدم بطلب معلومات بموجب الاتفاقية لبيان الصلة المتوقعة للمعلومات بالطلب:

(أ) هوية الشخص الخاضع للفحص أو التحقيق؛

(ب) بيان بالمعلومات المطلوبة، بما في ذلك طبيعتها والشكل الذي ترغب فيه الدولة الطالبة في تلقي المعلومات من الدولة المقدم إليها الطلب؛

(ج) الغرض الضريبي الذي تطلب المعلومات من أجله؛

(د) أسباب للاعتقاد بأن المعلومات المطلوبة هي في الدولة المطلوب منها أو في حوزة أو تحت سيطرة شخص يقع ضمن ولاية الدولة المطلوب منها ذلك؛

(هـ) إلى الحد المعروف، اسم وعنوان أي شخص يعتقد أنه في حوزته المعلومات المطلوبة؛

(و) بيان بأن الدولة مقدمة الطلب قد اتبعت جميع الوسائل المتاحة في إقليمها للحصول على المعلومات، باستثناء تلك التي قد تثير صعوبات غير متناسبة.

(2) من المتفاهم عليه ان تبادل المعلومات الوارد في المادة 27 لا يشمل تدابير تشكل "حملات تصيد".

(3) بالإشارة إلى الجملة الأخيرة من الفقرة 2 من المادة 27 وتمشيا مع الفقرة 1 من البروتوكول المتعلق بـ"تفسير الاتفاقية"، اتفق على اتباع التوجيهات الواردة في الفقرة 12-3 من التفسير على المادة 26 من الاتفاقية النموذجية لمنظمة التعاون الاقتصادي والتنمية - كما يمكن

مراجعتها من وقت لآخر. وعلى الدولة الطالبة، في سعيها للحصول على إذن من السلطة المختصة في الدولة الموردة، ان تحدد الأغراض الأخرى غير الضريبية التي ترغب في استخدام المعلومات من أجلها، وتحدد الأجهزة القانونية أو السلطات القضائية التي ستقاسم معها المعلومات.

المادة 9

- (1) يتم المصادقة على هذا البروتوكول ويتبادل ادوات التصديق في أقرب وقت ممكن.
 - (2) يبدأ نفاذ البروتوكول في اليوم الأول من الشهر الثالث التالي الذي يجري فيه تبادل ادوات التصديق وتسري أحكامه:
 - أ) فيما يتعلق بالضرائب المقتطعة من المصدر، والمبالغ المدفوعة بعد 31 ديسمبر من السنة التقويمية التي يجري فيها تبادل ادوات التصديق؛
 - ب) فيما يتعلق بالضرائب الأخرى، أي سنة مالية تبدأ بعد 31 ديسمبر من السنة التقويمية التي يجري فيها تبادل ادوات التصديق.
 - (3) يشكل هذا البروتوكول جزءاً لا يتجزأ من الاتفاقية ويُنهى وقت إنهاء الاتفاقية.
- وإشهاداً لما تقدم قام الموقعان أدناه والمخولان من قبل حكومتهما بالتوقيع على هذا البروتوكول.
- حرر هذا الاتفاق من نسختين أصليتين في دبي بتاريخ 1 يوليو 2021 باللغات الألمانية، العربية والانجليزية وللنسختين ذات الحجية. في حالة الاختلاف بين النصوص يسود النص الإنجليزي.

عن دولة الإمارات العربية المتحدة

عبيد حميد الطاير
(Obaid Humaid Al Tayer)

عن جمهورية النمسا

غيرنوت بليمل
(Gernot Blümel)

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2004

Ausgegeben am 29. Juli 2004

Teil III

88. Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen samt Protokoll
(NR: GP XXII RV 352 AB 435 S. 56. BR: AB 7022 S. 707.)

88.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des nachstehenden Staatsvertrages samt Protokoll wird genehmigt.

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEN VEREINIGTEN ARABISCHEN EMIRATEN AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN SAMT PROTOKOLL

[Deutscher Vertragstext siehe Anlagen]

[Englischer Vertragstext siehe Anlagen]

[Arabischer Vertragstext siehe Anlagen]

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 23. Juni 2004 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 29 Abs. 2 am 1. September 2004 in Kraft.

Schüssel

**ABKOMMEN
ZWISCHEN
DER REPUBLIK ÖSTERREICH
UND
DEN VEREINIGTEN ARABISCHEN EMIRATEN
AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN**

Die Republik Österreich und die Vereinigten Arabischen Emirate, von dem Wunsche geleitet, durch den Abschluss eines Abkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen die wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern und zu verstärken,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen oder von Teilen des Einkommens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

- i) die Einkommensteuer und
 - ii) die Körperschaftsteuer;
- (im Folgenden als "österreichische Steuer" bezeichnet);

b) in den Vereinigten Arabischen Emiraten:

- i) die Einkommensteuer und
 - ii) die Körperschaftsteuer;
- (im Folgenden als "Steuer der V.A.E." bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

a) bedeuten die Ausdrücke "ein Vertragsstaat" und "der andere Vertragsstaat", je nach dem Zusammenhang, die Republik Österreich oder die Vereinigten Arabischen Emirate;

b) bedeutet der Ausdruck "Österreich" die Republik Österreich;

- c) bedeutet der Ausdruck "Vereinigte Arabische Emirate" die Vereinigten Arabischen Emirate, und, im geografischen Sinn verwendet, das Gebiet, welches als Staatsgebiet der Souveränität unterliegt, ebenso wie die Küstengewässer, den Luftraum und die unterseeischen Gebiete, über die die Vereinigten Arabischen Emirate in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und dem Recht der Vereinigten Arabischen Emirate Hoheitsrechte ausüben, einschließlich des Festlandes und der Inseln, die ihrer Rechtsprechung in Bezug auf Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erforschung oder Ausbeutung von Bodenschätzen unterliegen;
- d) bedeutet der Ausdruck "Steuer", je nach dem Zusammenhang, österreichische Steuer oder Steuer der V.A.E.;
- e) umfasst der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- f) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- g) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- h) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- i) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"
 - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii) in den Vereinigten Arabischen Emiraten: den Minister für Finanzen und Industrie oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
- j) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person":

a) in Österreich:

eine Person, die nach österreichischem Recht auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist; der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in Österreich nur mit Einkünften aus Quellen in Österreich oder mit in Österreich gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist;

b) in den Vereinigten Arabischen Emiraten:

(i) eine natürliche Person, die nach dem Recht der Vereinigten Arabischen Emirate auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts oder eines anderen ähnlichen Merkmals als ansässig gilt;

(ii) eine Gesellschaft oder eine juristische Person, die nach dem Recht der Vereinigten Arabischen Emirate auf Grund ihres Sitzes, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines ähnlichen Merkmals eingetragen oder errichtet worden ist;

(iii) diesen Staat und seine Gebietskörperschaften, lokalen Verwaltungen oder staatlichen Einrichtungen.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5**BETRIEBSTÄTTE**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten

Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem

Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(8) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Gewinne" umfasst auch Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und einer anderen steuerlich gleichbehandelten Personenvereinigung und im Fall Österreichs auch aus der Beteiligung an einer stillen Gesellschaft des österreichischen Rechts.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

(1) Ungeachtet des Artikels 7 dürfen Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr erzielt, nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 dieses Artikels gilt auch für die unter diesen Artikel fallenden Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus ihrer Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle bezieht.

(3) Im Sinne dieses Artikels

a) umfasst der Ausdruck "Gewinne":

- i) Gewinne, Nettogewinne, Bruttoeinnahmen und Einkünfte, die unmittelbar aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr stammen;
- ii) Zinsen von Einnahmen, die unmittelbar aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr stammen, wenn die Zinsen im Rahmen dieses Betriebes anfallen;
- iii) Einkünfte aus dem Ticketverkauf für ein Luftfahrtunternehmen, und

- iv) Einkünfte aus dem Verkauf von Ingenieurleistungen an Dritte und Einkünfte aus anderen technischen Leistungen, die im Rahmen des Betriebes eines Luftfahrtunternehmens anfallen;
- b) umfasst der Ausdruck "Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen":
 - i) den Charter oder die Miete von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen;
 - ii) die Miete von Containern und dazugehöriger Ausrüstung, und
 - iii) die Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, Containern und dazugehöriger Ausrüstung durch diese Person,vorausgesetzt, dass der Charter, die Miete oder die Veräußerung im Rahmen des Betriebes von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr durch diese Person erfolgt.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen

gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zu Grunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und deren Nutzungsberechtigter eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, dürfen nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematografischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zu Grunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

SELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so dürfen die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck "freier Beruf" umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

UNSELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 17, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und

- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, im dem das Unternehmen ansässig ist, das das Seeschiff oder Luftfahrzeug im internationalen Verkehr betreibt.

Artikel 16

LEHRER UND FORSCHER

Eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor ihrem Aufenthalt im anderen Staat ansässig war, und die sich im anderen Staat auf Einladung einer Universität, eines Colleges, einer Schule oder einer anderen ähnlichen Bildungseinrichtung oder einer wissenschaftlichen Forschungseinrichtung für einen Zeitraum, der zwei Jahre nicht übersteigt, ausschließlich zum Zwecke des Unterrichts oder der Forschung oder zu beiden Zwecken an dieser Bildungseinrichtung oder der wissenschaftlichen Forschungseinrichtung aufhält, ist im anderen Staat hinsichtlich der Vergütungen für diese Unterrichtstätigkeit oder Forschung für einen Zeitraum, der zwei Jahre nicht übersteigt, von der Besteuerung ausgenommen.

Artikel 17

STUDENTEN

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat durchgeführten Studien oder seiner dortigen Ausbildung steht.

Artikel 18

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder

Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 19

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 20 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 20

ÖFFENTLICHER DIENST

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
 - b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
 - b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die dem österreichischen Handelsdelegierten in den Vereinigten Arabischen Emiraten und den Mitgliedern dieser österreichischen Außenhandelsstelle sowie den Mitgliedern der Abu Dhabi Investment Authority in Österreich gezahlt werden.

(4) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 18, 19 oder 21 anzuwenden.

Artikel 21

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließenden Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 sind Einkünfte aus einer solchen Tätigkeit, die im Rahmen eines zwischen den beiden Vertragsstaaten geschlossenen Kulturübereinkommens ausgeübt wird, von der Besteuerung in dem Staat, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird, ausgenommen, jedoch nur, wenn diese Tätigkeit von der Regierung eines Vertragsstaats gefördert oder aus öffentlichen Mitteln der Vertragsstaaten finanziert wird und die Tätigkeit nicht zum Zwecke der Gewinnerzielung ausgeübt wird.

Artikel 22

ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 23

RÜCKERSTATTUNG

Den Rückerstattungsanträgen, die innerhalb jener Frist zu stellen sind, die die gesetzlichen Bestimmungen des zur Rückerstattung verpflichteten Vertragsstaats vorsehen, ist eine amtliche Bescheinigung des Vertragsstaats anzuschließen, in dem der Steuerpflichtige ansässig ist, in der das Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen bestätigt wird, die zur Anwendung der in diesem Abkommen vorgesehenen Begünstigungen berechtigen.

Artikel 24

METHODEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

(1) In den Vereinigten Arabischen Emiraten wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

Bezieht eine in den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässige Person Einkünfte, die nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden dürfen, so rechnen die Vereinigten Arabischen Emirate auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Österreich bezogenen Einkünfte entfällt.

(2) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte und dürfen diese Einkünfte nach diesem Abkommen in den Vereinigten Arabischen Emiraten besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich des Absatzes 3 diese Einkünfte von der Besteuerung aus.

(3) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in diesem Staat auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen der Person einbezogen werden.

Artikel 25

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des

steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 26

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 25 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 27

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle Informationen, die ein

Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, so weit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

Artikel 28

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 29

IN-KRAFT-TRETEN

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden für alle Steuerjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

Artikel 30

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Abu Dhabi, am 22. September 2003, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Falle von Abweichungen geht der englische Text vor.

Für die Republik Österreich:
Karlheinz Grasser

Für die Vereinigten Arabischen Emirate
Hamdan Bin Rashid Al Maktoum

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Republik Österreich auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen sind die Unterzeichneten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Bestimmungen des Abkommens, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen oder des Musterabkommens der Vereinten Nationen zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die in den OECD-Kommentaren oder den Kommentaren der Vereinten Nationen dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich aller gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben. Die Kommentare - die von Zeit zu Zeit überarbeitet werden können - stellen eine Auslegungshilfe dar. Im Fall einer unterschiedlichen Auslegung in den Kommentaren der OECD und der Vereinten Nationen wäre, falls erforderlich, eine einheitliche Auslegung im gegenseitigen Einvernehmen gemäß Artikel 26 zu suchen.

Zu Artikel 4

Im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 umfasst der Ausdruck "ansässige Person" in den Vereinigten Arabischen Emiraten:

- a) die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate oder ihre Gebietskörperschaften;
- b) nach öffentlichem Recht errichtete staatliche Einrichtungen, wie die Zentralbank, Fonds, Körperschaften, Behörden, Stiftungen, Agenturen oder ähnliche Rechtsträger, die in den Vereinigten Arabischen Emiraten gegründet worden sind;
- c) in den Vereinigten Arabischen Emiraten von der Regierung errichtete Unternehmen, deren Vermögen im Eigentum der Vereinigten Arabischen Emirate steht, wie die Abu Dhabi International Petroleum Investment Company (IPIC) und die Abu Dhabi Investment Authority (ADIA).

Zu Artikel 7 Absatz 8

Es gilt als vereinbart, dass bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinnes einer Personengesellschaft, der die Grundlage für die Ermittlung des Gewinnanteils der Gesellschafter bildet, bei der Personengesellschaft entstandene Aufwendungen nach den allgemeinen Bestimmungen des innerstaatlichen Steuerrechts und nach Artikel 7 dieses Abkommens abzugsfähig sind.

Zu den Artikeln 7, 10 und 24

Es gilt als vereinbart, dass der Transfer von Gewinnen einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, vom anderen Vertragsstaat in den erstgenannten Staat im anderen Vertragsstaat nicht besteuert wird.

Zu den Artikeln 8 und 13

Artikel 8 und Artikel 13 Absatz 4 gelten auch für Gewinne, die die "Gulf Air" oder ein Nachfolgeunternehmen bezieht, jedoch nur insoweit, als dieser Teil des Gewinnes dem Anteil der Beteiligung der Vereinigten Arabischen Emirate oder einer ihrer staatlichen Einrichtungen an diesem Luftfahrtunternehmen entspricht

Zu den Artikeln 10, 11 und 13

Für die Auslegung der Artikel 10, 11 und 13 gilt als vereinbart, dass Dividenden, Zinsen und Einkünfte aus der Veräußerung von Anteilen an einer Gesellschaft, oder von Anleihen oder Obligationen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person, einschließlich der Regierung, der Finanzinstitute oder Investmentgesellschaften dieses Staates bezieht, nur im Ansässigkeitsstaat besteuert werden.

Zu Artikel 23

Artikel 23 hindert einen Vertragsstaat nicht daran, für Einkünfte aus Quellen dieses Staates, die eine im anderen Staat ansässige Person bezieht, eine direkte Entlastung von der Steuer zu gewähren, wenn diese Einkünfte von der Steuer im erstgenannten Staat befreit sind oder gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens einer ermäßigten Steuer unterliegen und die Berechtigung, sich auf die Abkommensvorteile berufen zu können, durch eine von den Steuerbehörden des Vertragsstaats, in dem der Empfänger der Einkünfte ansässig ist, ausgestellte Ansässigkeitsbescheinigung nachgewiesen wird. Artikel 23 darf zu keiner Diskriminierung einer in Österreich ansässigen Person verglichen mit der Behandlung einer in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässigen Person führen.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Abu Dhabi, am 22. September 2003, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Falle von Abweichungen geht der englische Text vor.

Für die Republik Österreich:
Karlheinz Grasser

Für die Vereinigten Arabischen Emirate:
Hamdan Bin Rashid Al Maktoum

**CONVENTION
BETWEEN
THE REPUBLIC OF AUSTRIA
AND
THE UNITED ARAB EMIRATES
WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME**

The Republic of Austria and the United Arab Emirates, desiring to promote and strengthen the economic relations by concluding a Convention with respect to taxes on income,

Have agreed as follows:

Article 1**PERSONS COVERED**

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2**TAXES COVERED**

(1) This Convention shall apply to taxes on income imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income all taxes imposed on total income or on elements of income, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

a) in Austria:

- (i) the income tax (die Einkommensteuer) and
- (ii) the corporation tax (die Körperschaftsteuer);

(hereinafter referred to as "Austrian tax");

b) in the United Arab Emirates:

- (i) the income tax and
- (ii) the corporation tax;

(hereinafter referred to as "U.A.E. tax").

(4) The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any substantial changes which have been made in their respective taxation laws.

Article 3**GENERAL DEFINITIONS**

(1) For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

- a) the terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean, as the context requires, the Republic of Austria or the United Arab Emirates;
- b) the term "Austria" means the Republic of Austria;
- c) the term "United Arab Emirates" means the United Arab Emirates and when used in a geographical sense, means the area in which the territory is under sovereignty as well as the territorial sea, airspace and submarine areas over which the United Arab Emirates exercises, in conformity with international law and the law of United Arab Emirates sovereign rights, including the mainland and islands under its jurisdiction in respect of any activity carried on in connection with the exploration for or the exploitation of natural resources;
- d) the term "tax" means Austrian tax or U.A.E. tax, as the context requires;
- e) the term "person" includes an individual, a company and any other body of persons;
- f) the term "company" means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;
- g) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- h) the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- i) the term "competent authority" means:
 - (i) in Austria: the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
 - (ii) in the United Arab Emirates: the Minister of Finance and Industry or his authorised representative;
- j) the term "national" means:
 - (i) any individual possessing the nationality of a Contracting State;
 - (ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State.

(2) In the application of the Convention by either of the Contracting States, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the laws of that State concerning the taxes to which the Convention applies.

Article 4**RESIDENT**

(1) For the purposes of this Convention, the term "resident of a Contracting State" means:

a) in Austria:

any person who, under the laws of Austria, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature; this term, however, does not include any person who is liable to tax in Austria in respect only of income from sources in Austria or capital situated therein;

b) in the United Arab Emirates:

(i) any individual who, under the laws of the United Arab Emirates is considered a resident thereof by reason of that individual's domicile, residence or any other criterion of a similar nature;

(ii) any company or other legal entity which is incorporated or created under the laws of the United Arab Emirates by reason of its residence, domicile, place of management or any other criterion of a similar nature;

iii) that State itself and any political subdivision, local authority, local government or governmental institution thereof.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);

b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;

c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;

d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5**PERMANENT ESTABLISHMENT**

(1) For the purposes of this Convention, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs (a) to (e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person - other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies - is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the

enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7

BUSINESS PROFITS

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated

therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

(8) The term "profits" as used in this Article includes the profits derived by any partner from his participation in a partnership and in any other body of persons which is treated in the same way for tax purposes, and in the case of Austria, from a participation in a sleeping partnership (Stille Gesellschaft) created under Austrian law.

Article 8

SHIPPING AND AIR TRANSPORT

(1) Notwithstanding the provisions of Article 7, profits derived by a resident of a Contracting State from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 of this Article shall also apply to profits referred to in this Article derived by a resident of a Contracting State from his participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

(3) In this Article

a) the term "profits" includes:

- (i) profits, net profits, gross receipts and revenues derived directly from the operation of ships or aircraft in international traffic;

- (ii) interest on sums generated directly from the operation of ships or aircraft in international traffic which is incidental to such operation;
- (iii) income from the sale of tickets on behalf of an aircraft enterprise, and
- (iv) income from selling of engineering services to a third party and any other income arising from other technical services which are incidental to the operation of an aircraft enterprise;

b) the term "operation of ships or aircraft" includes:

- (i) the charter or rent of ships or aircraft;
- (ii) the rent of containers and related equipment, and
- (iii) the alienation of ships or aircraft, containers and related equipment by that person,

provided that such charter, rent or alienation is incidental to the operation by that person of ships or aircraft in international traffic.

Article 9

ASSOCIATED ENTERPRISES

(1) Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State - and taxes accordingly - profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10

DIVIDENDS

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other Contracting State.

(2) The term "dividends" as used in this Article means income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(3) The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(4) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11

INTEREST

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State if such resident is the beneficial owner of the interest.

(2) The term "interest" as used in this Article means income from debt claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(3) The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent

establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(4) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12

ROYALTIES

(1) Royalties arising in a Contracting State and beneficially owned by a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State.

(2) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(3) The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(4) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13

CAPITAL GAINS

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of ships or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in that Contracting State.

(4) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

INDEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed base, the income may be taxed in the other State but only so much of it as is attributable to that fixed base.

(2) The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15

DEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 17, 18, 19, and 20, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and

- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic shall be taxable only in the Contracting State of which the enterprise operating the ship or aircraft is a resident.

Article 16

TEACHERS AND RESEARCHERS

An individual who is or was a resident of a Contracting State immediately before making a visit to the other Contracting State and who, at the invitation of any university, college, school or other similar educational institution or scientific research institution visits that other State for a period not exceeding two years solely for the purpose of teaching or research or both at such educational institution or scientific research institution shall be exempted from tax for a period not exceeding two years in that other State on any remuneration on such teaching or research.

Article 17

STUDENTS

(1) Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

(2) Remuneration which a student or business apprentice who is or was formerly a resident of a Contracting State derives from an employment which he exercises in the other Contracting State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned shall not be taxed in that other State if the employment is directly related to his studies or apprenticeship carried out in the first-mentioned State.

Article 18

DIRECTORS' FEES

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 19**PENSIONS**

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 20, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 20**GOVERNMENT SERVICE**

(1) a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.

b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:

- (i) is a national of that State; or
- (ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

(2) a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.

b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(3) The provisions of paragraph 1 of this Article shall likewise apply in respect of remuneration paid to the Austrian Foreign Trade Commissioner in the United Arab Emirates and to the members of the staff of that Austrian Foreign Trade Commissioner as well as to the staff of Abu Dhabi Investment Authority in Austria.

(4) The provisions of Articles 15, 16, 18, 19 and 21 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof.

Article 21**ARTISTES AND SPORTSMEN**

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television

artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2 income derived from such activities performed within the framework of cultural agreements concluded between the Contracting States are exempted from tax in the State where the activities are excised only if such activities are sponsored by the Government of a Contracting State or financed by public funds of the Contracting States and the activities are not carried out for the purpose of profits.

Article 22

OTHER INCOME

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

Article 23

REFUNDS

Claims for refund, that shall be produced within the time limit fixed by the law of the Contracting State which is obliged to carry out the refund, shall be accompanied by an official certificate of the Contracting State of which the taxpayer is a resident certifying the existence of the conditions required for being entitled to the application of the allowances provided for by this Convention.

Article 24

METHODS OF ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

(1) In the case of Austria, double taxation shall be eliminated as follows:

Where a resident of Austria derives income which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in the United Arab Emirates, Austria shall, subject to the provisions paragraph 3, exempt such income from tax.

(2) In the case of the United Arab Emirates, double taxation shall be eliminated as follows:

Where a resident of the United Arab Emirates derives income which in accordance with the provisions of this Convention may be taxed in Austria, the United Arab Emirates shall allow as a deduction from tax on income of that person an amount equal to the tax on income paid in Austria. Such deduction shall not, however, exceed that part of income tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to the income which may be taxed in Austria.

(3) Where in accordance with any provision of the Convention income derived by a resident of a Contracting State is exempt from tax in that State, such State may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income of such resident, take into account the exempted income.

Article 25

NON-DISCRIMINATION

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(3) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 4 of Article 11, or paragraph 4 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(4) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(5) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 26

MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 25, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 27

EXCHANGE OF INFORMATION

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Convention. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Convention. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Even in such cases the confidentiality of person-related data may be waived only in so far as this is necessary to safeguard predominant and legitimate interests of another person or predominant public interests.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public) or to the basic rights granted by a State, in particular in the area of data protection.

Article 28

MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 29

ENTRY INTO FORCE

(1) This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) The Convention shall enter into force on the first day of the third month next following that in which the exchange of instruments of ratification takes place and its provisions shall have effect in respect of taxes for any fiscal year beginning after December 31 in the calendar year in which the exchange of instruments of ratification takes place.

Article 30

TERMINATION

This Convention shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving written notice of termination on or before the thirtieth day of June in a calendar year after the fifth year from the date of entry into force of the Convention. In such event, the Convention shall cease to have effect in respect of the taxes for any fiscal year beginning after December 31 in the calendar year in which the notice of termination has been given.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE in duplicate in Abu Dhabi on the 22nd day of September 2003, in the German, Arab and English languages, each text being equally authentic. In the case of divergence between the texts the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:
Karlheinz Grasser

For the United Arab Emirates:
Hamdan Bin Rashid Al Maktoum

PROTOCOL

At the moment of signing the Convention between the Republic of Austria and the United Arab Emirates with respect to taxes on income, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Convention:

Interpretation of the Convention

It is understood that provisions of the Convention which are drafted according to the corresponding provisions of the OECD Model Convention on income and on capital or the United Nations Model Double Taxation Convention between Developed and Developing Countries shall generally be expected to have the same meaning as expressed in the OECD or UN Commentaries thereon. The understanding in the preceding sentence will not apply with respect to any contrary interpretation agreed to by the competent authorities after the entry into force of the Convention. The Commentaries - as they may be revised from time to time - constitute a means of interpretation. In case of any divergence in the interpretation as expressed in the commentaries of the OECD and the UN Model, a common interpretation would have to be sought by mutual agreement according to Article 26.

Ad Article 4

For the purposes of paragraph 1 of Article 4 the term "resident" in the case of the United Arab Emirates shall include:

- a) the Government of the United Arab Emirates or any political subdivision, local government or local authority thereof;
- b) any governmental institutions created under public law such as the Central Bank, funds, corporations, authorities, foundations, agencies or any other similar entities established in the United Arab Emirates;
- c) any inter-governmental entity established in the United Arab Emirates the capital of which is owned by the United Arab Emirates, such as Abu Dhabi International Petroleum Investment Company (IPIC) and Abu Dhabi Investment Authority (ADIA).

Ad Article 7 paragraph 8

It is understood that in determining the taxable profit of a partnership which forms the basis of the profit share of the partners, expenditure incurred by the partnership will be considered as deductible items according to the general rules of domestic tax law and to the provisions of Article 7 of the Convention.

Ad Articles 7, 10 and 24

It is understood that the transfer of profits of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State from the other Contracting State into the first-mentioned State will not be taxed in the other Contracting State.

Ad Articles 8 and 13

The provisions of Article 8 and paragraph 4 of Article 13 shall also be applied to profits derived from "Gulf Air", or a successor entity thereof, but only as to such part of the profits as corresponds to the share in such carrier owned by the United Arab Emirates or a government institution thereof.

Ad Articles 10, 11 and 13

For the purposes of the interpretation of Articles 10, 11 and 13 it is understood that dividends, interest and capital gains from the alienation of shares in a company, or of securities, bonds or debentures derived by a resident of a Contracting State, including the government, financial institutions or investment companies of that State shall be taxable only in that State of residence.

Ad Article 23

Article 23 does not prevent any Contracting State from granting direct relief from taxation for income derived from sources of that State by a resident of the other Contracting State provided that such income is exempted from taxation in the first-mentioned State or subject to a reduced rate according to the provisions of that Convention and the entitlement to the treaty benefits can be proved by a certification of residence issued by the tax authorities of the Contracting State where the recipient is a resident. The provisions of Article 23 shall not lead to any discriminatory treatment of a resident of Austria as compared to the treatment of taxpayers resident in another Member State of the European Union.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

DONE in duplicate in Abu Dhabi on the 22nd day of September 2003, in the German, Arab and English languages, each text being equally authentic. In the case of divergence between the texts the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:
Karlheinz Grasser

For the United Arab Emirates:
Hamdan Bin Rashid Al Maktoum

اتفاقية

بين جمهورية النمسا

و

دولة الإمارات العربية المتحدة

فيما يتعلق بالضرائب على الدخل

إن جمهورية النمسا ودولة الإمارات العربية المتحدة مرغبة منهما في تشجيع وتعزيز العلاقات الاقتصادية عن طريق عقد اتفاقية فيما يتعلق بالضرائب على الدخل قد اتفقتا على ما يلي:

مادة (١)

الأشخاص الذين تشملهم الاتفاقية

تطبق هذه الاتفاقية على الأشخاص المقيمين في إحدى الدولتين المتعاقبتين أو كليهما .

مادة (٢)

الضرائب المشمولة

١. تطبق هذه الاتفاقية على ضرائب الدخل المفروضة بالنيابة عن دولة متعاقدة أو لصالح أقسامها السياسية أو سلطات محلية بغض النظر عن الطريقة التي تفرض بها .
٢. تعتبر من الضرائب على الدخل كافة الضرائب المفروضة على إجمالي الدخل أو على عناصر الدخل بما في ذلك الضرائب على الأرباح الناتجة من نقل ملكية الأموال المتقولة أو غير المتقولة والضرائب على إجمالي قيم الأجور والرواتب التي تدفعها المؤسسات وكذلك الضرائب على زيادة رأس المال .
٣. الضرائب الحالية التي تطبق عليها هذه الاتفاقية وعلى وجه الخصوص :-
(أ) في حالة جمهورية النمسا :

١. ضريبة الدخل .

٣- ضريبة الشركات

(والمشار إليها فيما بعد "بالضرائب النمساوية")

(ب) في دولة الإمارات العربية المتحدة :

١- ضريبة الدخل .

٢- ضريبة الشركات .

والمشار إليها فيما بعد بـ "دولة الإمارات العربية المتحدة"

٤. تطبق هذه الاتفاقية أيضاً على أي ضرائب مماثلة أو مشابهة في جوهرها والتي تفرض بعد تاريخ توقيع هذه الاتفاقية بالإضافة إلى أو بديلاً عن الضرائب الحالية ، تخطر السلطات المختصة في الدولتين المتعاقدين بعضه البعض بالتغييرات التي تكون قد طرأت على القوانين الضريبية لكل منهما .

مادة (٣)

تعريف عامة

- (١) لأغراض هذه الاتفاقية ما لم يقتضي سياق النص خلاف ذلك :-

(أ) يعني اصطلاح "الدولة المتعاقدة" و"الدولة المتعاقدة الأخرى" كما يقتضي سياق النص جمهورية النمسا أو دولة الإمارات العربية المتحدة .

(ب) يعني مصطلح النمسا جمهورية النمسا .

(ج) يعني مصطلح "دولة الإمارات العربية المتحدة" دولة الإمارات العربية المتحدة وإذا تر استخدامها بمعناها الجغرافية في فإنها تعني المنطقة التي تقع في أقاليمها وتكون تحت سلطاتها وكذلك البحر الإقليمي والأجواء الإقليمية والأعماق البحرية والتي تمارس عليها دولة الإمارات العربية المتحدة بمقتضى القانون الدولي وقانون دولة الإمارات حقوقاً سيادية والتي تشمل الأراضي الرئيسية والمخزير التي تقع تحت سلطاتها القضائية وذلك فيما يتعلق بأي نشاط يمارس في إطار استكشاف أو استغلال الموارد الطبيعية .

(د) يعني مصطلح "ضريبة" ضريبة النمسا أو ضريبة دولة الإمارات العربية المتحدة كما يقتضي سياق النص .

(هـ) يشمل مصطلح "شخص" فرد أو شركة وأي كيان آخر من الأشخاص .

(و) يعني مصطلح "شركة" أي شخص اعتباري أو كيان يعامل كشخصية اعتبارية لأغراض الضريبة .

(ز) تعني عبارة "مؤسسة الدولة المتعاقدة" و"مؤسسة الدولة المتعاقدة الأخرى" على التوالي مؤسسة يديرها مقيم في دولة متعاقدة ومؤسسة يديرها مقيم في الدولة المتعاقدة الأخرى .

(ح) تعني عبارة "النقل الدولي" أي نقل بواسطة سفينة أو طائرة يتولى تشغيلها مؤسسة تقع مركز إدارتها الفعلية في دولة متعاقدة ما عدا الحالات التي يتم فيها تشغيل السفينة أو الطائرة فقط فيما بين أماكن تقع في الدولة المتعاقدة الأخرى .

(د) تعني عبارة "سلطة مختصة"

(١) في حالة جمهورية النمسا "وزير المالية الاتحادي" أو ممثله المفوض بذلك .

(٢) في حالة دولة الإمارات العربية المتحدة (وزير المالية والصناعة) أو ممثله المفوض بذلك .

(ق) يعني مصطلح "مواطن" :

١ . الشخص المحاضر على جنسية الدولة المتعاقدة .

٢ . أي شخص قانوني، شركة أو اتحاد يكتسب ذلك الوضع من القوانين السارية في دولة متعاقدة .

(٢) فيما يختص بتطبيق هذه الاتفاقية بواسطة أي من الدولتين المتعاقدين فإن أي عبارة لم يرد لها تعريف وما لم يقتضي سياق النص خلاف ذلك يكون لها نفس معناها بموجب قوانين تلك الدولة فيما يتعلق بالضرائب التي تطبق عليها هذه الاتفاقية .

مادة (٤)

المقيم

١. لأغراض هذه الاتفاقية تعني عبارة "مقيم في دولة متعاقدة"

أ. بالنسبة للنمسا

١. يكون أي شخص خاضعاً للضريبة بسبب مسكنه أو مقر إقامته أو محل الإدارة أو أي معيار آخر ذو طبيعة مشابهة وبالرغم من ذلك فإن هذه العبارة لا تشمل أي شخص يخضع للضريبة في النمسا فقط بسبب دخله من مصادر في النمسا أو بسبب ممتلكات توجد في النمسا .

ب. بالنسبة لدولة الإمارات العربية المتحدة:

١. أي فرد يكون بمقتضى قوانين دولة الامارات العربية المتحدة مقيماً فيها وذلك بسبب مسكنه أو اقامته أو بسبب أي معيار آخر ذو طبيعة مشابهة .

٢. أي شركة أو كيان قانوني يؤسس في دولة الإمارات العربية المتحدة بسبب الإقامة والسكن أو مكان الإدارة أو أي معيار آخر ذو طبيعة مشابهة .

ج. الدولة نفسها أو أي قسم سياسي أو مؤسسة محلية أو إدارات محلية أو حكومات محلية أو مؤسسات حكومية .

٢. حيثما يكون فرد مقيماً في كلتا الدولتين المتعاقدين وفقاً لأحكام الفقرة (١) من هذه المادة فإن وضعه عندئذ سيتحدد كالتالي :

(أ) يعتبر مقيماً في الدولة التي يتوفر له فيها سكن دائم وإذا توفر له سكن دائم في كلتا الدولتين يعتبر مقيماً في الدولة التي تكون علاقاته الشخصية والاقتصادية بها أوثق (مركز المصالح الحيوية) .
(ب) إذا لم يكن ممكناً تحديد الدولة التي بها مركز مصالحه الحيوية أو لم يتوفر له مسكن دائم في أي من الدولتين يعتبر مقيماً في الدولة التي بها مسكنه المعتاد .

- (ج) إذا كان له سكن معتاد في كلتا الدولتين أو لم يكن له سكن معتاد بأي منهما يكون مقيماً في الدولة التي يعد من مواطنيها .
- (د) إذا كان من مواطني كلا الدولتين المتعاقدين أو لم يكن مواطناً في أي منهما تتولى السلطات المختصة في كلتا الدولتين المتعاقدين تسوية المسألة بالاتفاق المتبادل بينهما .
٣. حيثما يكون الشخص خلاف الفرد مقيماً في كلتا الدولتين المتعاقدين وفقاً لأحكام الفقرة (١) فإنه يعتبر عندئذ مقيماً فقط في الدولة التي يقع بها مقر إدارته الفعلية .

مادة (٥)

المنشأة الدائمة

١. لأغراض هذه الاتفاقية تعنى عبارة "المنشأة الدائمة" المقر الثابت للعمل الذي يتم من خلاله منازلة نشاط المشروع جزئياً أو كلياً .
٢. تشمل عبارة المنشأة الدائمة بوجه خاص :
- (أ) مقر الإدارة
 - (ب) فرع
 - (ج) مكتب
 - (د) مصنع
 - (هـ) ورشة
- (و) منجم ، بئرترول أو غائر ، محجر أو أي مكان آخر لاستخراج الموارد الطبيعية
٣. يشكل موقع بناء أو تشييد أو مشروع تركيب منشأة دائمة فقط إذا استمر لمدة تزيد عن ١٢ شهراً
٤. بالرغم من الأحكام السابقة لهذه المادة فإن عبارة " منشأة دائمة " لا تشمل الآتي :
- (أ) استخدام التسهيلات فقط لغرض تخزين أو عرض أو تسليم السلع أو البضائع المملوكة للمؤسسة .
 - (ب) الاحتفاظ بالمخزون من السلع أو البضائع المملوكة للمؤسسة فقط لغرض التخزين أو العرض أو التسليم .

(ج) الاحتفاظ بمخزون من السلع أو البضائع المملوكة للمؤسسة فقط لغرض تصنيعها بواسطة مؤسسة أخرى.

(د) الاحتفاظ بمقر ثابت للعمل فقط لغرض شراء السلع أو البضائع أو جمع المعلومات للمؤسسة .

(هـ) الاحتفاظ بمقر ثابت للعمل فقط لغرض مناوله أي نشاط آخر ذي طبيعة تحضيرية أو مساعدة للمؤسسة .

(ز) الاحتفاظ بمقر ثابت للعمل فقط للجمع بين أي من الأنشطة المذكورة في الفقرات الفرعية (أ) إلى

(هـ) شرطه أن يكون مجمل النشاط بالمقر الثابت للعمل الناتج عن الجمع بين هذه الأنشطة ذو صفة تحضيرية أو مساعدة .

٥ . بالرغم من أحكام الفقرتين (١) و(٢) فإنه حيث يعمل شخص ما - خلافاً لوكيل ذي وضع مستقل تطبق عليها الفقرة (٦) نيابة عن مؤسسة وله صلاحية إبرام العقود باسم المؤسسة في دولة متعاقدة واعتماد على ممارسة هذه الصلاحية فإن تلك المؤسسة يعتبر أن لديه منشأة دائمة في تلك الدولة فيما يتعلق بأي أنشطة يقوم بها ذلك الشخص للمؤسسة ما لم تقتصر أنشطة مثل هذا الشخص على تلك التي ذكرت في الفقرة (٤) والتي اذا تمت ممارستها من خلال مقر ثابت للعمل لا تجعل من هذا المقر الثابت للعمل منشأة دائمة بموجب أحكام تلك الفقرة .

٦ . لا تعتبر المؤسسة التابعة لدولة متعاقدة منشأة دائمة في الدولة المتعاقدة الأخرى فقط لجرد أنه يتعامل في تلك الدولة المتعاقدة الأخرى من خلال سمسار أو وكيل عام بالعمولة أو أي وكيل آخر ذي وضع مستقل ، شرطه أن يعمل مثل هؤلاء الأشخاص في مجال أعمالهم الاعتيادية .

٧ . إن كون شركة مقيمة في دولة متعاقدة تسيطر على شركة أو تسيطر عليها شركة مقيمة في الدولة المتعاقدة الأخرى أو تناول عملاً في تلك الدولة الأخرى (سواء من خلال منشأة دائمة أو خلافاً) فإن ذلك الواقع لا يجعل في حد ذاته أبياً من الشركتين منشأة دائمة للشركة الأخرى .

مادة (٦)

الدخل الناتج عن الأموال غير المنقولة

١ . الدخل الذي يحصل عليه مقيم في دولة متعاقدة من الأموال غير المنقولة بما في ذلك الدخل من الزراعة أو استغلال الغابات الكائنة في الدولة المتعاقدة الأخرى يجوز إخضاعه للضريبة في تلك الدولة الأخرى .

٢. يتم تعريف عبارة "الأموال غير المنقولة" وفقاً لقانون الدولة المتعاقدة التي توجد فيها الأموال المعنية وعلى أية فإن العبارة تشتمل على الملكية الملحقه بالأموال غير المنقولة والماشية والآلات المستخدمة في الزراعة واستغلال الغابات والحقوق التي تطبق بشأنها أحكام القانون العام المتعلقة بملكية الأراضي، وحق الانتفاع بالأموال غير المنقولة والحقوق في المدفوعات المتغيرة أو الثابتة كقابل استقلال أو الحق في استغلال الخنازير المعدنية وغيرها من مصادر المياه والموارد الطبيعية الأخرى، لا تعتبر السفن والطائرات من الأموال غير المنقولة .
٣. تطبق أحكام الفقرة (١) من هذه المادة على الدخل الناتج من استخدام الأموال غير المنقولة بصورة مباشرة أو تأجيرها أو إستغلالها بأي شكل آخر .
٤. تطبق أحكام الفقرتين (١) و(٣) أيضاً على الدخل من الأموال غير المنقولة للمؤسسة، وعلى الدخل من الأموال غير المنقولة المستخدمة لأداء خدمات شخصية مستقلة .

مادة (٧)

أرباح الأعمال

١. تخضع أرباح مؤسسة في دولة متعاقدة للضريبة فقط في تلك الدولة ما لم تباشر المؤسسة نشاطاً في الدولة المتعاقدة الأخرى عن طريق منشأة دائمة قائمة فيها فإذا باشرت المؤسسة نشاطاً كالمذكور آنفاً، يجوز إخضاع أرباح المؤسسة للضريبة في الدولة المتعاقدة الأخرى ولكن فقط بالقدر الذي يمكن أن ينسب منها إلى تلك المنشأة الدائمة .
٢. مع مراعاة أحكام الفقرة (٣) من هذه المادة حيثما تباشر مؤسسة تابعة لدولة متعاقدة نشاطاً في الدولة المتعاقدة الأخرى من خلال منشأة دائمة قائمة فيها، تنسب في كل دولة متعاقدة إلى تلك المنشأة الدائمة الأرباح التي يمكن أن يتوقع تحقيقها فيما لو كانت المؤسسة متميزة ومستقلة وتباشر نفس الأنشطة أو أنشطة مشابهة في نفس الظروف أو ظروف مشابهة وتتعامل مع المؤسسة التي تعتبر منشأة دائمة لها بصورة كاملة ومستقلة .

٣. عند تحديد أرباح منشأة دائمة، يسمح بخصم المصروفات المتكبدة لأغراض المنشأة الدائمة، بما في ذلك المصروفات التنفيذية والإدارية العمومية سواء تم تكبدها في الدولة التي توجد فيها المنشأة الدائمة أو في أي مكان آخر.
٤. إذا جرى العرف في دولة متعاقدة على تحديد الأرباح التي تنسب إلى منشأة دائمة على أساس تقسيم نسبي للأرباح الكلية للمؤسسة على مختلف أجزائها فليس هناك في الفقرة (٢) من هذه المادة ما يمنع تلك الدولة المتعاقدة من تحديد الأرباح التي ستخضع للضريبة على أساس مثل هذا التقسيم النسبي المتبع يجب أن تودي الطريقة المتبعة بحيث تكون النتيجة حسب محتوى هذه المادة.
٥. لا تنسب أرباح منشأة دائمة استناداً فقط إلى مجرد قيام تلك المنشأة الدائمة بشراء سلع أو بضائع للمؤسسة.
٦. لأغراض الفقرات السابقة تحدد الأرباح التي تنسب إلى المنشأة الدائمة بذات الكيفية عاماً بعام ما لم يوجد سبب وجيه وكاف يقتضي العمل بغير ذلك.
٧. حيثما تشتمل الأرباح على عناصر للدخل تمت معالجتها على حدة في مواد أخرى من هذه الاتفاقية فإن أحكام تلك المواد لن تتأثر بأحكام هذه المادة.
٨. تشمل عبارة "أرباح" كما تستخدم في هذه المادة الأرباح التي يتم اكتسابها بواسطة أي شريك من مساهمته في هذه الشراكة أو في أي كيان آخر من الأشخاص يعامل بنفس الطريقة لأغراض الضريبة وفي حالة النمسا تشمل أيضاً المساهمة كشريك مضارب في شراكة تتم بموجب القانون النمساوي.

مادة (٨)

التقل الدولي

١. على الرغم من أحكام المادة (٧) أن الأرباح التي يجنيها مقيم في دولة متعاقدة من تشغيل السفن والطائرات في حركة النقل الدولي تخضع للضريبة فقط في تلك الدولة.
٢. تسري أيضاً أحكام الفقرة (١) من هذه المادة على الأرباح المشار إليها في هذه المادة والتي يكتسبها مقيم تابع لدولة متعاقدة من مساهمته في اتحاد أو عمل مشترك أو وكالة تدار على المستوى الدولي.
٣. في هذه المادة:

(أ) يشمل مصطلح "أرباح"

١. الأرباح، والأرباح الصافية، والعائدات الإجمالية والإيرادات المكتسبة بطريق مباشر من تشغيل السفن والطائرات العاملة في النقل الدولي .
٢. الفائدة على المبالغ التي تنتج مباشرة من عمليات السفن أو الطائرات في النقل الدولي والتي ترتبط بمثل هذه العمليات .
٣. الدخل من بيع التذاكر بالنيابة عن مؤسسة طيران، و
٤. الدخل من تقديم خدمات هندسية إلى طرف ثالث وأي دخل آخر ينشأ من خدمات فنية أخرى ترتبط بعمليات مؤسسة طيران .

(ب) يشمل مصطلح "عمليات السفن والطائرات" على :

١. استئجار أو إيجار السفن أو الطائرات .
٢. إيجار الحاويات والمعدات ذات العلاقة .
٣. تحويل ملكية السفن والطائرات والحاويات والمعدات ذات العلاقة والتي يقوم بها ذلك الشخص شريطة أن يكون الاستئجار أو الإيجار أو تحويل الملكية مرتبطاً بعمليات تلك السفن أو الطائرات في النقل الدولي عن طريق ذلك الشخص .

مادة (٩)

المشروعات المشتركة

١. حيثما :

- (أ) تساهم مؤسسة تابعة لدولة متعاقدة بصورة مباشرة أو غير مباشرة في الإدارة أو الرقابة أو رأس مال مؤسسة تابعة للدولة المتعاقدة الأخرى أو
 - (ب) يساهم نفس الأشخاص بصورة مباشرة أو غير مباشرة في الإدارة أو الرقابة أو رأس مال مؤسسة تابعة لدولة متعاقدة ومؤسسة تابعة للدولة المتعاقدة الأخرى .
- وإذا وضع أو فرضت شروط فيما بين المؤسستين في علاقاتهما التجارية أو المالية تختلف عن تلك التي يمكن وضعها بين مؤسستين مستقلتين فإن أية أرباح كان من الممكن أن تحققها أي من

المؤسستين لو لم تكن هذه الشروط ولكنها لم تحققها بسبب وجود هذه الشروط ويجوز تضمينها في أرباح تلك المؤسسة وإخضاعها للضريبة تبعاً لذلك .

٢ . حيثما تقوم دولة متعاقدة بشمل أرباح مؤسسة تلك الدولة وفرض ضرائب على تلك الأرباح والتي تكون مؤسسة تلك الدولة قد فرضت عليها ضرائب الدولة الأخرى وإن الأرباح التي فرضت عليها الضرائب في الدولة الأولى وقد مرعي بأنها أرباح كان يمكن أن تكون ناتجة من الدولة المتعاقدة الأولى وفي حالة تكون الظروف بين المؤسستين نفس الظروف التي قد تكون بين المؤسسات المستقلة لذلك فإن الدولة الأخرى تقوم بعمل التسويات اللانزمة إلى قيمة الضرائب التي فرضتها على هذه الأرباح . وعند تحديد مثل تلك التسوية فإن اعتباراً خاصاً يجب إعطائه إلى الأحكام من هذه الاتفاقية بواسطة السلطات المختصة في الدولتين المتعاقدين وإذا كان ضرورياً قيامها بالتشاور مع بعضها البعض .

مادة (١٠)

أرباح الأسهم

١ . تخضع أرباح الأسهم التي تدفعها شركة مقيمة في دولة متعاقدة إلى مقيم في الدولة المتعاقدة الأخرى للضريبة فقط في تلك الدولة الأخرى .

٢ . تعنى عبارة "أرباح الأسهم" حسب استخدامها في هذه المادة الدخل الناتج عن الأسهم وأسهم الانتفاع أو حقوق الانتفاع أو أسهم التعدين أو أسهم المؤسسين أو أي حقوق أخرى لا تمثل مطالبات ديون والمساهمة في الأرباح وكذلك أي دخل آخر من حقوق مساهمات أخرى والذي يخضع لنفس المعاملة الضريبية باعتباره دخلاً من الأسهم بموجب قوانين الدولة التي تكون الشركة القائمة بالتوزيع مقيمة فيها .

٣ . لا تنطبق أحكام الفقرة (١) إذا كان المالك المنتفع بأرباح الأسهم مقيماً في دولة متعاقدة يباشر نشاطاً في الدولة المتعاقدة الأخرى التي تقيم فيها الشركة التي تدفع أرباح الأسهم من خلال منشأة دائمة تقع فيها أو يؤدي في تلك الدولة المتعاقدة خدمات شخصية مستقلة من مركز ثابت فيها ، وكانت ملكية الأسهم التي تدفع بسببها أرباح الأسهم مرتبطة ارتباطاً فعلياً بهذه المنشأة الدائمة أو المركز الثابت ، في مثل هذه الحالة تنطبق أحكام المادة (٧) أو المادة (١٤) حسبما تكون الحالة .

٤. إذا حققت شركة مقيمة في دولة متعاقدة أرباحاً أو دخلاً من الدولة المتعاقدة الأخرى لا يجوز أن تفرض تلك الدولة المتعاقدة الأخرى أية ضريبة على أرباح الأسهم التي تدفعها الشركة إلا بقدر ما تدفع من أرباح الأسهم هذه إلى مقيم في تلك الدولة الأخرى أو بالمقدر الذي تكون فيه الملكية التي تدفع بسببها أرباح الأسهم مرتبطة ارتباطاً فعلياً بمنشأة دائمة أو مركز ثابت يقع في تلك الدولة الأخرى، ولا يجوز لها أيضاً إخضاع أرباح الشركة غير الموزعة لضريبة أرباح الشركة غير الموزعة حتى لو كانت أرباح الأسهم المدفوعة أو الأرباح غير الموزعة قد نشأت كلياً أو جزئياً من أرباح أو دخل في تلك الدولة الأخرى.

مادة (١١)

الفوائد

١. تخضع الفائدة التي تنشأ في دولة متعاقدة والتي تدفع إلى مقيم في الدولة المتعاقدة الأخرى للضريبة فقط في تلك الدولة المتعاقدة الأخرى إذا كان المقيم هو المستفيد والمالك لهذه الفائدة.
٢. يعني مصطلح "الفائدة" حسب استخدامه في هذه المادة الدخل من مطالبات الدين بكافة أنواعها سواء كانت مضمونة برهن أو غير مضمونة برهن وسواء كانت تحمل حق المساهمة في أرباح المدين أم لا تحمل هذا الحق وعلى وجه الخصوص الدخل من الأوراق المالية الحكومية والدخل من السندات أو سندات الدين، بما في ذلك علاوات الإصدار والجوائز المرتبطة بتلك الأوراق المالية أو السندات أو سندات الدين ولأغراض هذه المادة لا تعتبر غرامة التأخير للدفعات المتأخرة كفائدة.
٣. لا تنطبق أحكام الفقرة (١) إذا كان المالك المنتفع بالفائدة مقيماً في دولة متعاقدة ويأشر نشاطاً في الدولة المتعاقدة الأخرى التي تنشأ فيها الفائدة من خلال منشأة دائمة تقع فيها أو يباشري في تلك الدولة المتعاقدة الأخرى خدمات شخصية مستقلة من خلال مركز ثابت يقع فيها وتكون المطالبة بالدين التي تدفع عنها الفائدة مرتبطة ارتباطاً فعلياً بتلك المنشأة الدائمة أو المركز الثابت في مثل هذه الحالة تنطبق أحكام المادة (٧) أو المادة (١٤) حسبما تكون الحالة.
٤. حيثما يتبين استناداً إلى علاقة خاصة بين الدافع والمالك المنتفع أو بينهما معاً وبين شخص آخر أن قيمة الفائدة مع مراعاة المطالبة بالديون التي تدفع عنها تتجاوز القيمة التي يمكن إن يكون قد تم الاتفاق عليها بين الدافع و

المالك المنتفع في غياب مثل هذه العلاقة، عندئذ تطبق أحكام هذه المادة فقط على القيمة المذكورة الأخيرة، في مثل هذه الحالة يظل الجزء الزائد من المدفوعات خاضعاً للضريبة وفقاً لقانون كل دولة متعاقدة مع وجوب مراعاة الأحكام الأخرى الواردة في هذه الاتفاقية .

مادة (١٢)

الإتاوات

١. تخضع الإتاوات التي تنشأ في دولة متعاقدة والتي تدفع إلى مقيم في الدولة المتعاقدة الأخرى للضريبة فقط في تلك الدولة المتعاقدة الأخرى .
٢. يعني مصطلح الإتاوات حسب استخدامه في هذه المادة المدفوعات من أي نوع التي يتم استلامها لغرض الاستعمال أو حق استعمال أي حقوق طبع أدبية أو فنية أو عمل علمي بما في ذلك الأفلام السينمائية أو براءات اختراع وأي علامة تجارية أو نموذج أو موديل أو خطة أو تركيبة سرية أو معلومات تتعلق بالبحرث الصناعية والتجارية والعلمية .
٣. لا تنطبق أحكام الفقرة (١) إذا كان المالك المنتفع بالإتاوات مقيماً في دولة متعاقدة يزاوّل نشاطاً في الدولة المتعاقدة الأخرى التي نشأت فيها الإتاوات عن طريق منشأة دائمة تقع فيها أو يؤدي في تلك الدولة المتعاقدة الأخرى خدمات شخصية مستقلة من مركز ثابت يقع فيها وكان الحق أو الملكية اللذان تدفع عنهما الإتاوات يرتبطان ارتباطاً فعلياً بهذه المنشأة الدائمة أو المركز الثابت وفي مثل هذه الحالة فإن أحكام المادة (٧) أو المادة (١٤) تطبق حسبما تكون الحالة .
٤. حيثما يتبين، بسبب علاقة خاصة بين الدافع والمالك المنتفع أو بينهما معاً وبين شخص آخر أن تجاورت قيمة الإتاوات المدفوعة مع مراعاة الاستعمال أو الحق أو المعلومات التي تدفع كمقابل لها، القيمة التي كان من الممكن أن يتم الاتفاق عليها بين الدافع والمالك المنتفع في غياب مثل هذه العلاقة لا تطبق هذه المادة إلا على القيمة المذكورة الأخيرة وفي مثل هذه الحالة، ويظل الجزء الزائد من المدفوعات خاضعاً للضريبة وفقاً لقوانين تلك الدولتين المتعاقدين مع وجوب مراعاة الأحكام الأخرى لهذه الاتفاقية .

مادة (١٣)
الأرباح الرأسمالية

١. يجوز أن تخضع الأرباح التي يحققها مقيم في دولة متعاقدة من نقل ملكية الأموال غير المنقولة المشار إليها في المادة (٦) والواقعة في الدولة المتعاقدة الأخرى للضريبة في تلك الدولة الأخرى.
٢. الأرباح الناتجة من نقل ملكية الأموال المنقولة التي تشكل جزءاً من الممتلكات التجارية لمشأة دائمة تملكها مؤسسة دولة متعاقدة في الدولة المتعاقدة الأخرى أو أموال منقولة متعلقة بمركز ثابت يتوفر لمقيم من دولة متعاقدة في الدولة المتعاقدة الأخرى لغرض أداء خدمات شخصية مستقلة، بما في ذلك الأرباح التي تنشأ من نقل ملكية مثل هذه المنشأة الدائمة (وحدها أو مع كامل المؤسسة) أو مثل هذا المركز الثابت، يجوز إخضاعها للضريبة في تلك الدولة الأخرى.
٣. الأرباح التي تجنيها مؤسسة دولة متعاقدة من نقل ملكية السفن أو الطائرات العاملة في مجال النقل الدولي أو الأموال المنقولة المتعلقة بتشغيل مثل هذه السفن أو الطائرات أو الزوارق تخضع للضريبة فقط في تلك الدولة المتعاقدة.
٤. الأرباح الناتجة عن نقل ملكية أي أموال غير تلك المشار إليها في الفقرات ١، ٢، ٣ تخضع للضريبة فقط في الدولة المتعاقدة التي يقيم فيها المتصرف في الملكية.

مادة (١٤)
الخدمات الشخصية المستقلة

١. يخضع الدخل الذي يكتسبه مقيم في دولة متعاقدة فيما يتعلق بالخدمات المهنية أو أنشطة أخرى ذات طبيعة مستقلة للضريبة فقط في تلك الدولة ما لم يكن له مركز ثابت متاح بصفة منتظمة في الدولة المتعاقدة الأخرى لغرض أداء أنشطته فإن كان له مثل هذا المركز الثابت يجوز إخضاع الدخل للضريبة في الدولة المتعاقدة الأخرى ولكن فقط بالقدر الذي ينسب إلى ذلك المركز الثابت.

٢. تشمل عبارة "الخدمات المهنية" بوجه خاص الأنشطة العلمية والأدبية والفنية والتعليمية والترفيهية المستقلة، وكذلك الأنشطة المستقلة التي يزاؤها الأطباء والمحامون والمهندسون والمعماريون وأطباء الأسنان والمحاسبون.

مادة (١٥)

الخدمات الشخصية التابعة

١. مع مراعاة أحكام المواد (١٦)، (١٧)، (١٨)، (١٩)، (٢٠) فإن الرواتب والأجور والتعويضات الأخرى المماثلة التي يكتسبها مقيم في دولة متعاقدة فيما يتعلق بوظيفة تخضع للضريبة فقط في تلك الدولة ما لم تمارس الوظيفة في الدولة المتعاقدة الأخرى. فإذا تمت ممارسة الوظيفة في الدولة المتعاقدة الأخرى، فإن مثل تلك التعويضات يخضع إخضاعها للضريبة في تلك الدولة الأخرى.

٢. بالرغم من أحكام الفقرة (١)، فإن التعويضات التي يكتسبها مقيم في دولة متعاقدة فيما يتعلق بوظيفة تتم ممارستها في الدولة المتعاقدة الأخرى تخضع للضريبة فقط في الدولة المذكورة أولاً وذلك إذا:

- أ- تواجد المستفيد في الدولة الأخرى لفترة أو فترات لا تتجاوز في مجموعها (١٨٣) يوماً في السنة المالية المعنية.
- ب- دفعت التعويضات بواسطة أو نيابة عن مربي عمل غير مقيم في الدولة الأخرى و.
- ت- لم تتحمل التعويضات منشأة دائمة أو مركز ثابت يملكه مربي العمل في الدولة الأخرى.

٣. بالرغم من الأحكام السابقة من هذه المادة، فإن التعويضات المكتسبة من وظيفة تمارس على متن سفينة أو طائرة يتم تشغيلها في النقل الدولي، تخضع للضريبة في الدولة المتعاقدة التي تقع فيها المؤسسة التي يقوم بتشغيل هذه السفن أو الطائرات.

مادة (١٦)

الأساتذة والباحثين

الفرد الذي يكون أو كان قبل نزيارته لدولة متعاقدة أخرى مقيماً في دولة متعاقدة والذي قام بنزاهرة تلك الدولة المتعاقدة الأخرى بناء على دعوة أي جامعة، كلية، مدرسة أو مؤسسة تعليمية أخرى مشابهة أو مؤسسة بحث علمي لفترة لا تتجاوز العامين فقط لغرض التدريس أو البحث أو الاثنين معا في تلك المؤسسة التعليمية أو مؤسسة البحث العلمي يعفى من الضريبة فقط لفترة لا تتجاوز العامين في تلك الدولة الأخرى على أي تعويضات يحصل عليها من القيام بذلك التدريس أو البحث .

مادة (١٧)

الطلاب

- ١ . ان المبالغ التي يتسلمها طالب أو متدرب يكون أو كان يقيم قبل نزيارته للدولة المتعاقدة في الدولة المتعاقدة الأخرى ويتواجد في الدولة المذكورة أولاً فقط بغرض تعليمه أو تدريبه وذلك لتغطية نفقات معيشته أو تعليمه أو تدريبه لا تخضع للضريبة في تلك الدولة شرط أن يكون مصدر هذه المبالغ من خارج تلك الدولة .
- ٢ . ان التعويضات التي يكتسبها طالب أو متدرب يكون أو كان يقيم سابقاً في دولة متعاقدة من وظيفة نزاوها في الدولة المتعاقدة الأخرى لفترة أو فترات لا تتجاوز في مجموعها (١٨٣) يوماً في السنة المالية المعنية لا تخضع للضريبة في تلك الدولة الأخرى إذا كانت هذه الوظيفة ترتبط ارتباطاً مباشراً بدراسته أو تدريبه الذي نزاول في الدولة المذكورة أولاً .

مادة (١٨)

أعضاء مجلس الإدارة

أعضاء مجلس الإدارة والمدفوعات المائلة التي يكتسبها مقيم في دولة متعاقدة بصفته عضواً في مجلس إدارة شركة مقيمة في الدولة المتعاقدة الأخرى يجوز إخضاعها للضريبة في تلك الدولة الأخرى .

مادة (١٩)

المعاشات التقاعدية

مع مراعاة أحكام الفقرة (٢) من المادة (٢٠)، فإن المعاشات التقاعدية والتعويضات الماثلة الأخرى التي تدفع إلى مقيم في دولة متعاقدة مقابل خدمة سابقة تخضع للضريبة فقط في تلك الدولة الأخرى.

مادة (٢٠)

الخدمات الحكومية

١. (أ) المرتبات والأجور والتعويضات الماثلة الأخرى خلاف المعاش التقاعدي، التي تدفعها دولة متعاقدة أو قسم سياسي فرعي أو سلطة محلية فيها إلى فرد مقابل خدمات أداها لتلك الدولة المتعاقدة أو قسم فرعي أو سلطة فيها تخضع للضريبة فقط في تلك الدولة.
(ب) مع ذلك، فإن مثل هذه (المرتبات والأجور والتعويضات الماثلة الأخرى) تخضع للضريبة فقط في الدولة المتعاقدة الأخرى إذا كانت الخدمات قد أداؤها في تلك الدولة وكان الفرد المقيم في تلك الدولة:

١- مواطناً في تلك الدولة.

أو

٢- لم يصبح مقيماً في تلك الدولة فقط لغرض تقديم الخدمات.

٢. (أ) إن المعاشات التقاعدية التي تدفع من أموال عامة تؤسسها دولة متعاقدة أو قسم سياسي فرعي أو سلطة محلية فيها إلى فرد مقابل خدمات يؤديها إلى تلك الدولة أو القسم الفرعي أو السلطة تخضع للضريبة فقط في تلك الدولة.

(ب) ومع ذلك، فإن مثل هذه المعاشات التقاعدية تخضع للضريبة فقط في الدولة المتعاقدة الأخرى إذا كان الفرد مقيماً ومواطناً في تلك الدولة.

المالك المنتفع في غياب مثل هذه العلاقة، عندئذ تطبق أحكام هذه المادة فقط على القيمة المذكورة الأخيرة، في مثل هذه الحالة يظل الجزء الزائد من المدفوعات خاضعاً للضريبة وفقاً لقانون كل دولة متعاقدة مع وجوب مراعاة الأحكام الأخرى الواردة في هذه الاتفاقية .

مادة (١٢)

الإتاوات

- ١ . تخضع الإتاوات التي تنشأ في دولة متعاقدة والتي تدفع إلى مقيم في الدولة المتعاقدة الأخرى للضريبة فقط في تلك الدولة المتعاقدة الأخرى .
- ٢ . يعني مصطلح الإتاوات حسب استخدامه في هذه المادة المدفوعات من أي نوع التي يتم استلامها لغرض الاستعمال أو حق استعمال أي حقوق طبع أدبية أو فنية أو عمل علمي بما في ذلك الأفلام السينمائية أو براءات اختراع وأي علامة تجارية أو نموذج أو موديل أو خطة أو تركيبة سرية أو لمعلومات تتعلق بالبحرث الصناعية والتجارية والعلمية .
- ٣ . لا تطبق أحكام الفقرة (١) إذا كان المالك المنتفع بالإتاوات مقيماً في دولة متعاقدة يزاوّل نشاطاً في الدولة المتعاقدة الأخرى التي نشأت فيها الإتاوات عن طريق منشأة دائمة تقع فيها أو يؤدي في تلك الدولة المتعاقدة الأخرى خدمات شخصية مستقلة من مركز ثابت يقع فيها وكان الحق أو الملكية اللذان تدفع عنهما الإتاوات يرتبطان ارتباطاً فعلياً بهذه المنشأة الدائمة أو المركز الثابت وفي مثل هذه الحالة فإن أحكام المادة (٧) أو المادة (١٤) تطبق حسبما تكون الحالة .
- ٤ . حيثما يتبين ، بسبب علاقة خاصة بين الدافع والمالك المنتفع أو بينهما معاً وبين شخص آخر أن تجاوتت قيمة الإتاوات المدفوعة مع مراعاة الاستعمال أو الحق أو المعلومات التي تدفع كمقابل لها ، القيمة التي كان من الممكن أن يتم الاتفاق عليها بين الدافع والمالك المنتفع في غياب مثل هذه العلاقة لا تطبق هذه المادة إلا على القيمة المذكورة الأخيرة وفي مثل هذه الحالة ، ويظل الجزء الزائد من المدفوعات خاضعاً للضريبة وفقاً لقوانين تلك الدولتين المتعاقدين مع وجوب مراعاة الأحكام الأخرى لهذه الاتفاقية .

مادة (٢٢)
الدخل الآخر

١. بنود دخل المقيم في دولة متعاقدة أياً كان منشأها والتي لم تتناولها المواد السابقة من هذه الاتفاقية تخضع للضريبة فقط في تلك الدولة.

٢. لا تطبق أحكام الفقرة (١) على الدخل خلاف الدخل من الأموال الغير منقولة كما تم تعريفها في الفقرة (٢) من المادة (٦) إذا كان المستفيد من ذلك الدخل مقيماً في دولة متعاقدة ويزاول نشاطاً في الدولة المتعاقدة الأخرى من خلال منشأة دائمة تقع فيها أو يؤدي خدمات شخصية مستقلة من مركز ثابت يقع فيها وكان الحق أو الملكية اللذان يدفع عنهما الدخل ترتبط ارتباطاً فعلياً بهذه المنشأة الدائمة أو المركز الثابت. في هذه الحالة تطبق أحكام المواد (٧) أو (١٤) حسبما تكون الحالة.

مادة (٢٣)
إسترداد الأموال

تتم المطالبات بإسترداد الأموال خلال حد زمني ثابت يحدده قانون الدولة المتعاقدة والتي تلتزم بررد الأموال ويصحب هذا الإجراء شهادة رسمية من الدولة المتعاقدة التي يقيم فيها دافع الضريبة وذلك لإثبات استيفاء الشروط التي تؤوله لتطبيقات الحسومات الواردة في هذه الاتفاقية .

مادة (٢٤)
تجنب الاندواج الضريبي

١. يتم تجنب الاندواج الضريبي بالنسبة للنمسا على النحو التالي :-
أيضاً يكتسب مقيم في النمسا دخله الذي يجوز أن يخضع للضريبة في دولة الإمارات العربية المتحدة وفقاً لأحكام هذه الاتفاقية، يعفى هذا الدخل من الضريبة في النمسا وفقاً لأحكام الفقرة (٣).

٢. تشمل عبارة "الخدمات المهنية" بوجه خاص الأنشطة العلمية والأدبية والفنية والتعليمية والتربوية المستقلة، وكذلك الأنشطة المستقلة التي يزاؤها الأطباء والمحامون والمهندسون والمعماريون وأطباء الأسنان والمحاسبون.

مادة (١٥)

الخدمات الشخصية التابعة

١. مع مراعاة أحكام المواد (١٦)، (١٧)، (١٨)، (١٩)، (٢٠) فإن الرواتب والأجور والتعويضات الأخرى المماثلة التي يكتسبها مقيم في دولة متعاقدة فيما يتعلق بوظيفة تخضع للضريبة فقط في تلك الدولة ما لم تمارس الوظيفة في الدولة المتعاقدة الأخرى. فإذا تمت ممارسة الوظيفة في الدولة المتعاقد الأخرى، فإن مثل تلك التعويضات يجوز إخضاعها للضريبة في تلك الدولة الأخرى.

٢. بالرغم من أحكام الفقرة (١)، فإن التعويضات التي يكتسبها مقيم في دولة متعاقدة فيما يتعلق بوظيفة تتم ممارستها في الدولة المتعاقد الأخرى تخضع للضريبة فقط في الدولة المذكورة أولاً وذلك إذا:

- أ- تواجد المستفيد في الدولة الأخرى لفترة أو فترات لا تتجاوز في مجموعها (١٨٣) يوماً في السنة المالية المعنية.
- ب- دفعت التعويضات بواسطة أو نيابة عن مرب عمل غير مقيم في الدولة الأخرى و.
- ت- لم تتحمل التعويضات منشأة دائمة أو مركز ثابت يملكه الرب العمل في الدولة الأخرى.

٣. بالرغم من الأحكام السابقة من هذه المادة، فإن التعويضات المكتسبة من وظيفة تمارس على متن سفينة أو طائرة يتم تشغيلها في النقل الدولي، تخضع للضريبة في الدولة المتعاقد التي تقع فيها المؤسسة التي يقوم بتشغيل هذه السفن أو الطائرات.

مادة (١٦)

الأساتذة والباحثين

الفرد الذي يكون أو كان قبل زيارته لدولة متعاقدة أخرى مقيماً في دولة متعاقدة والذي قام بزيارة تلك الدولة المتعاقدة الأخرى بناء على دعوة أي جامعة، كلية، مدرسة أو مؤسسة تعليمية أخرى مشابهة أو مؤسسة بحث علمي لفترة لا تتجاوز العامين فقط لغرض التدريس أو البحث أو الاثنين معا في تلك المؤسسة التعليمية أو مؤسسة البحث العلمي يعفى من الضريبة فقط لفترة لا تتجاوز العامين في تلك الدولة الأخرى على أي تعويضات يحصل عليها من القيام بذلك التدريس أو البحث.

مادة (١٧)

الطلاب

١. ان المبالغ التي يتسلمها طالب أو متدرب يكون أو كان يقيم قبل زيارته للدولة المتعاقدة في الدولة المتعاقدة الأخرى ويتواجد في الدولة المذكورة أولاً فقط بغرض تعليمه أو تدريبه وذلك لتغطية نفقات معيشته أو تعليمه أو تدريبه لا تخضع للضريبة في تلك الدولة شريطة أن يكون مصدر هذه المبالغ من خارج تلك الدولة.
٢. ان التعويضات التي يكتسبها طالب أو متدرب يكون أو كان يقيم سابقاً في دولة متعاقدة من وظيفة نراولها في الدولة المتعاقدة الأخرى لفترة أو فترات لا تتجاوز في مجموعها (١٨٣) يوماً في السنة المالية المعنية لا تخضع للضريبة في تلك الدولة الأخرى إذا كانت هذه الوظيفة ترتبط ارتباطاً مباشراً بدراسته أو تدريبه الذي نراول في الدولة المذكورة أولاً.

مادة (١٨)

أتعاب أعضاء مجلس الإدارة

أتعاب أعضاء مجلس الإدارة والمدفوعات المماثلة التي يكتسبها مقيم في دولة متعاقدة بصفته عضواً في مجلس إدارة شركة مقيمة في الدولة المتعاقدة الأخرى يجوز إخضاعها للضريبة في تلك الدولة الأخرى.

مادة (١٩)

المعاشات التقاعدية

مع مراعاة أحكام الفقرة (٢) من المادة (٢٠)، فإن المعاشات التقاعدية والتعويضات المماثلة الأخرى التي تدفع إلى مقيم في دولة متعاقدة مقابل خدمة سابقة تخضع للضريبة فقط في تلك الدولة الأخرى.

مادة (٢٠)

المخدمات الحكومية

١. (أ) المرتبات والأجور والتعويضات المماثلة الأخرى خلاف المعاش التقاعدي، التي تدفعها دولة متعاقدة أو قسم سياسي فرعي أو سلطة محلية فيها إلى فرد مقابل خدمات أداها لتلك الدولة المتعاقدة أو قسم فرعي أو سلطة فيها تخضع للضريبة فقط في تلك الدولة.
(ب) مع ذلك، فإن مثل هذه (المرتبات والأجور والتعويضات المماثلة الأخرى) تخضع للضريبة فقط في الدولة المتعاقدة الأخرى إذا كانت الخدمات قد أداؤها في تلك الدولة وكان الفرد المقيم في تلك الدولة:

١- مواطناً في تلك الدولة.

أو

٢- لم يصبح مقيماً في تلك الدولة فقط لغرض تقديم الخدمات.

٢. (أ) إن المعاشات التقاعدية التي تدفع من أموال عامة تؤسسها دولة متعاقدة أو قسم سياسي فرعي أو سلطة محلية فيها إلى فرد مقابل خدمات يؤديها إلى تلك الدولة أو القسم الفرعي أو السلطة تخضع للضريبة فقط في تلك الدولة.

(ب) ومع ذلك، فإن مثل هذه المعاشات التقاعدية تخضع للضريبة فقط في الدولة المتعاقدة الأخرى إذا كان الفرد مقيماً ومواطناً في تلك الدولة.

- ٣ . أحكام الفقرة (١) من هذه المادة تنطبق بطريقة مماثلة على التعويضات التي تدفع لمندوب التجارة الخارجية النمساوي في دولة الإمارات العربية المتحدة والموظفين التابعين له وكذلك موظفي جهاز أبوظبي للاستثمار في النمسا .
- ٤ . تنطبق أحكام المواد (١٥) و(١٦) و(١٨) و(١٩) و(٢١) على المرتبات والأجور والتعويضات الأخرى المماثلة والمعاشات التقاعدية التي تتعلق بتأدية خدمات مرتبطة بأعمال تجارية تراوحتها دولة متعاقدة أو قسم سياسي فرعي أو سلطة محلية تابعة لها .

مادة (٢١)

الفنانون والرياضيون

- ١ . على الرغم من أحكام المواد (٧) و(١٤) و(١٥)، فإن الدخل الذي يكتسبه مقيم في دولة متعاقدة بصفته فناناً كمثل المسرح أو السينما أو الإذاعة أو التلفزيون أو موسيقياً أو رياضياً من أنشطته الشخصية التي مارسها بهذه الصفة في الدولة المتعاقدة الأخرى يخضع للضريبة في تلك الدولة الأخرى .
- ٢ . حيثما يستحق دخل مقابل أنشطة شخصية تراوحتها فنان أو رياضي بصفته المذكورة ليس للفنان أو الرياضي نفسه ولكن لشخص آخر فإن ذلك الدخل، وبالرغم من أحكام المواد (٧) و(١٤) و(١٥)، يخضع إخضاعه للضريبة في الدولة المتعاقدة التي تمت فيها ممارسة أنشطة الفنان أو الرياضي .
- ٣ . على الرغم من أحكام الفقرتين (١) و(٢) فإن الدخل الذي يتم اكتسابه من الأنشطة التي تمارس في إطار اتفاقيات ثقافية بين الدولتين المتعاقدين يعفى من الضريبة تبادلياً فقط إذا تمت هذه الأنشطة برعاية حكومة الدولة المتعاقدة أو تمويلها من الأموال العامة لكلا الدولتين المتعاقدين على ألا تراول هذه الأنشطة بغرض الأرباح .

مادة (٢٢)

الدخل الآخر

١. بنود دخل المقيم في دولة متعاقدة أياً كان منشأها والتي لم تتناولها المواد السابقة من هذه الاتفاقية تخضع للضريبة فقط في تلك الدولة.

٢. لا تطبق أحكام الفقرة (١) على الدخل خلاف الدخل من الأموال الغير منقولة كما تم تعريفها في الفقرة (٢) من المادة (٦) إذا كان المستفيد من ذلك الدخل مقيماً في دولة متعاقدة ويزاول نشاطاً في الدولة المتعاقدة الأخرى من خلال منشأة دائمة تقع فيها أو يؤدي خدمات شخصية مستقلة من مركز ثابت تقع فيها وكان الحق أو الملكية اللذان يدفع عنهما الدخل ترتبط ارتباطاً فعلياً بهذه المنشأة الدائمة أو المركز الثابت. في هذه الحالة تطبق أحكام المواد (٧) أو (١٤) حسبما تكون الحالة.

مادة (٢٣)

إسترداد الأموال

تتم المطالبات بإسترداد الأموال خلال حد زمني ثابت يحدده قانون الدولة المتعاقدة والتي تلتزم ببرد الأموال ويصح هذا الإجراء شهادة رسمية من الدولة المتعاقدة التي يقيم فيها دافع الضريبة وذلك لإثبات استيفاء الشروط التي توهمه لتطبيقات الحسومات الواردة في هذه الاتفاقية .

مادة (٢٤)

تجنب الاندواج الضريبي

١. يتم تجنب الاندواج الضريبي بالنسبة للنمسا على النحو التالي :-
أيضاً يكتسب مقيم في النمسا دخله الذي يجوز أن يخضع للضريبة في دولة الإمارات العربية المتحدة وفقاً لأحكام هذه الاتفاقية، يعفى هذا الدخل من الضريبة في النمسا وفقاً لأحكام الفقرة (٣).

٢. يتم تجنب الاندواج الضريبي بالنسبة لدولة الإمارات العربية المتحدة على النحو التالي:-
 أينما يكتسب مقيم في دولة الإمارات دخله الذي يجوز إخضاعه للضريبة في النمسا وفقاً لأحكام هذه الاتفاقية، تسمح دولة الإمارات العربية المتحدة بمخصص ضريبة دخل ذلك الشخص بقيمة تساوي مقدار ضريبة الدخل التي قد دفعها في النمسا. لا يتجاوز هذا المخصص ذلك الجزء من ضريبة الدخل كما تراحتسابها قبل إجراء المخصص والذي يكون متناسباً مع الدخل الذي يجوز إخضاعه للضريبة في النمسا.
٣. أينما يعفى مقيم في دولة متعاقدة من الضريبة على ما يكتسب من دخل أو ما يمتلك من أموال وفقاً لأحكام هذه الاتفاقية في تلك الدولة يجوز لتلك الدولة عند احتسابها قيمة الضريبة على الجزء المتبقي من الدخل أو الأموال أن تأخذ في اعتبارها الدخل أو الأموال المعفاة من الضريبة.

مادة (٢٥)

عدم التمييز

١. لا يخضع مواطنو دولة متعاقدة في الدولة المتعاقدة الأخرى لأي ضريبة أو أية متطلبات تتعلق بها تكون مغايرة أو أكثر من العبء الضريبي والمتطلبات المتصلة به والتي يخضع لها مواطنو تلك الدولة الأخرى تحت نفس الظروف، ويطبق ذلك الحكم على الرغم من أحكام المادة (١) على الأشخاص غير المقيمين في إحدى أو كلتا الدولتين المتعاقدين.
٢. يجب ألا تجبى الضريبة التي تفرض على المنشأة الدائمة لمشروع تابع لدولة متعاقدة في الدولة المتعاقدة الأخرى بطريقة تكون أقل رعاية عما يفرض في تلك الدولة الأخرى على مشروع تابع لتلك الدولة الأخرى وتمارس نفس الأنشطة فيها، يجب أن لا يفسر هذا النص على أنه ملزم لدولة متعاقدة بأن تمنح مواطني الدولة المتعاقدة الأخرى أية علاوات شخصية واعفاءات لأغراض الضريبة بسبب الوضع المدني أو المسؤوليات العائلية التي تمنحها لمقيميها فقط.

٣. باستثناء الأحوال التي تسري عليها أحكام الفقرة (١) من المادة (٩) والفقرة (٤) من المادة (١١) أو الفقرة (٤) من المادة (١٢) وبغية تحديد أرباح المشروع الخاضعة للضريبة تكون الفائدة والإتاوات والمدفوعات الأخرى المصروفة من قبل مشروع في دولة متعاقدة إلى مقيم في الدولة المتعاقدة الأخرى، قابلة للخصم تحت نفس الشروط كما لو كانت قد صرفت إلى مقيم في الدولة المذكورة أولاً وشيهاً بذلك وبغية تحديد رأس مال المشروع الخاضع للضريبة تكون ديون المشروع الكائن في دولة متعاقدة تجاه مقيم في الدولة المتعاقدة الأخرى قابلة للخصم تحت نفس الظروف كما لو كانت ديوناً تم التعاقد عليها مع مقيم في الدولة المذكورة أولاً.
٤. لا يخضع مشروع تابع لدولة متعاقدة يكون رأس ماله مملوكاً بالكامل أو جزئياً أو مراقباً بصورة مباشرة أو غير مباشرة من قبل واحد أو أكثر من مقيمي الدولة المتعاقدة الأخرى لأية ضريبة في الدولة المتعاقدة المذكورة أولاً كما لا يخضع لأية متطلبات تتعلق بها تكون مغايرة أو أكثر من العبء الضريبي أو ما يتصل به من المتطلبات التي تخضع أو قد تخضع لها مشاريع أخرى مماثلة للدولة المتعاقدة المذكورة أولاً.
٥. تطبق أحكام هذه المادة على الضرائب من كل نوع ووصف على الرغم من أحكام المادة (٢).

مادة (٢٦)

إجراءات الاتفاق المتبادل

١. حيثما يعتبر فرد أن إجراءات إحدى الدولتين المتعاقدين أو كليهما تؤدي أو سوف تؤدي بالنسبة له إلى فرض ضريبة لا تتفق مع أحكام هذه الاتفاقية، فإنه يمكنه بصرف النظر عن وسائل المعالجة المنصوص عليها في القوانين الداخلية لتلك الدولتين، أن يعرض قضيته على السلطة المختصة في الدولة المتعاقدة التي يكون مقيماً بها أو إلى تلك الدولة المتعاقدة التي يعد من مواطنيها عند إذا اندرجت قضيته تحت الفقرة (١) من المادة (٢٥) خلال ثلاث سنوات من أول إخطار بالإجراء الذي أدى إلى فرض ضريبة لا تتفق مع أحكام هذه الاتفاقية.

٢. يتعين على السلطة المختصة في الدولة المتعاقدة، إذا بدا لها الاعتراض مسوغاً وإذا لم تكن هي ذاتها قادرة على التوصل إلى حل مرض، تسوية القضية عن طريق الاتفاق المتبادل مع السلطة المختصة بالدولة المتعاقدة الأخرى، بقصد تجنب فرض ضريبة لا تتفق مع هذه الاتفاقية أي اتفاق يتم التوصل إليه ينفذ بالرغم من أي حدود زمنية في القانون الداخلي للدولتين المتعاقدين.
٣. يتعين على السلطات المختصة في الدولتين المتعاقدين أن تسعى عن طريق الاتفاق المتبادل لتذليل أي صعوبات أو شكوك تنشأ فيما يتعلق بتفسير أو تطبيق هذه الاتفاقية. ويمكنها أيضاً أن تتشاور معاً لإزالة الاندواج الضريبي في الحالات التي لم تنص عليها هذه الاتفاقية.
٤. يجوز أن تتصل السلطات المختصة في الدولتين المتعاقدين مع بعضها البعض مباشرة بما في ذلك من خلال لجنة مشتركة تتكون من السلطات نفسها أو من ممثليها بغرض التوصل إلى اتفاق بما يتناسب مع ما ورد في الفقرات السابقة.

مادة (٢٧)

تبادل المعلومات

١. يتعين على السلطات المختصة في الدولتين المتعاقدين أن تبادل المعلومات اللازمة لتنفيذ أحكام هذه الاتفاقية. وتعامل أية معلومات تلقاها دولة متعاقدة باعتبارها سرية على نفس النحو الذي يتم عليه الحصول على المعلومات وفقاً للقوانين الداخلية لتلك الدولة، ولا يتم إفشاؤها إلا للأشخاص أو السلطات (بما في ذلك المحاكم والهيئات الإدارية) التي تعمل في مجال تقدير، أو تحصيل أو تنفيذ أو إقامة الدعوى فيما يختص بتحديد أو البت في الطعون المتعلقة بالضرائب المشمولة بهذه الاتفاقية، ولا يستخدم هؤلاء الأشخاص أو السلطات تلك المعلومات إلا لمثل هذه الأغراض، ويجوز لهم إفشاء المعلومات في إجراءات المحكمة العلنية أو في أية أحكام قضائية، نكن حتى في هذه الحالات يسمح بتجاوز خصوصية فرد إذا ارتبطت هذه الخصوصية بمعلومات سرية فقط بالقدر الذي يستلزم حماية المصالح الشرعية لشخص آخر أو مصالح عامة.
٢. لا يجوز بأي حال تفسير أحكام الفقرة (١) بما يؤدي إلى إلزام دولة متعاقدة:

- أ- بتنفيذ إجراءات إدارية مخالفة للقوانين أو الممارسات الإدارية في تلك الدولة المتعاقدة أو بالدولة المتعاقدة الأخرى.
- ب- بتقديم معلومات لا يمكن الحصول عليها بموجب القوانين أو النظم الإدارية المتعاقدة فيها أو في الدولة المتعاقدة الأخرى.
- ت- بتقديم معلومات من شأنها إفشاء أي أسرار تجارية أو اقتصادية أو صناعية أو معاملات تجارية أو مهنية أو عملية تجارية أو معلومات قد يكون الكشف عنها مخالفاً للسياسة العامة أو الحقوق الأساسية التي تمنحها الدولة خصوصاً في مجال حماية البيانات.

مادة (٢٨)

أعضاء البعثات الدبلوماسية والهيئات القنصلية

لا تؤثر أحكام هذه الاتفاقية على الامتيازات الضريبية لأعضاء البعثات الدبلوماسية أو الهيئات القنصلية بموجب القواعد العامة للقانون الدولي أو بموجب نصوص اتفاقيات خاصة.

مادة (٢٩)

الدخول حين التنفيذ

١. يتم التصديق على هذه الاتفاقية ويتم تبادل وسائل التصديق بأسرع ما يكون في فيينا.
٢. تدخل الاتفاقية حين التنفيذ في اليوم الأول من الشهر الثالث الذي يلي الشهر الذي ترفيه تبادل وسائل التصديق وتسري أحكامها فيما يتعلق بالضرائب لأي سنة مالية تبدأ بعد ٣١ ديسمبر في السنة المالية التي ترفيه تبادل وسائل التصديق.

مادة (٣٠)

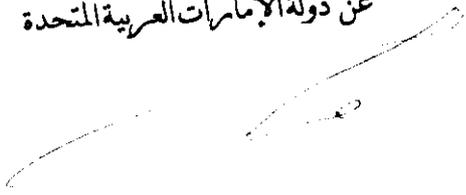
الإنهاء

تظل هذه الاتفاقية سارية حتى يتم إنهاؤها بواسطة دولة متعاقدة. يجوز لأي من الدولتين المتعاقدين إنهاء الاتفاقية عبر القنوات الدبلوماسية بتسليم إخطار مكتوب لإنهائها في أوقيل اليوم الثلاثين من يونيو من السنة المالية بعد خمس سنوات من تاريخ دخول الاتفاقية حيز النفاذ. في هذه الحالة لا تسري هذه الاتفاقية بالنسبة لضرائب أي سنة مالية تبدأ بعد ٣١ ديسمبر من السنة المالية التي يتم فيها تسليم الإخطار بالإنهاء.

وإشهاداً على ذلك قام الموقعون أدناه والمخولون من حكوماتهم بالتوقيع على هذه الاتفاقية.

حررت من نسختين في دبي في هذا اليوم
الموافق سبتمبر ٢٠٠٣ م بتصوص مطابقة
بكل من اللغات الإنجليزية والعربية والألمانية وفي حالة الاختلاف يسود النص الإنجليزي.

عن دولة الإمارات العربية المتحدة



عن جمهورية النمسا



البروتوكول

عند توقيع هذه الاتفاقية بين جمهورية النمسا ودولة الإمارات العربية المتحدة فيما يتعلق بالضرائب على الدخل، اتفق الموقعون أدناه على أن الأحكام اللاحقة تشكل جزءاً لا يتجزأ من الاتفاقية .

تفسير الاتفاقية :

من المفهوم أن أحكام الاتفاقية والتي أعدت وفقاً لأحكام اتفاقية (OECD) على الدخل ورأس المال أو اتفاقية الأمم المتحدة لتجنب الازدواج الضريبي بين الدول النامية والصناعية يكون لها نفس المعنى كما جاء في تفسيرات الـ (OECD) والأمم المتحدة، ولا ينطبق مفهوم الجملة السابقة على أي تفسير مختلف تتفق عليه السلطات المختصة بعد دخول الاتفاقية حيز التنفيذ، هذه التفسيرات كما يتم مراجعتها من وقت لآخر تمثل سبل للتفسيرات، في حالة الاختلاف في التفسيرات التي تم التعبير عنها في نماذج الأمم المتحدة والـ (OECD) يتم الاتفاق التبادل على تفسير مشترك وفقاً للمادة (٢٦) .

بالنسبة للمادة (٤) :

لأغراض الفقرة (١) من المادة (٤) فإن مصطلح مقيم في حالة دولة الإمارات العربية المتحدة يشمل :
 أ . حكومة دولة الإمارات العربية المتحدة أو أي قسم سياسي أو حكومة محلية أو سلطة محلية تابعة لها .
 ب . أي مؤسسات حكومية يتم إنشائها بموجب القانون العام مثل المصرف المركزي، الصناديق، الشركات، المؤسسات، والوكالات أو أي كيانات أخرى مماثلة يتم إنشائها في دولة الإمارات العربية المتحدة .

ج . أي كيانات حكومية تأسس في دولة الإمارات العربية المتحدة ويكون رأس مالها مملوكة لدولة الإمارات العربية المتحدة مثل شركة أبوظبي العالمية للاستثمارات البرولية وجهانر أبوظبي للإستثمار .

بالنسبة للمادة (٧) الفقرة (٨) :

من المفهوم عند تحديد الأرباح الخاضعة للضريبة في شراكة والتي تمثل أساس محصة أرباح الشركاء فإن النفقات التي تكبدها الشركة، تعتبر عناصر يمكن خصمها وفقاً للقواعد العامة للقانون المحلي وأحكام المادة (٧) من الاتفاقية .

بالنسبة للمواد (٧)، (١٠)، (٢٤) :

من المفهوم أن أرباح منشأة دائمة يمتلكها مشروع دولة متعاقد في الدولة المتعاقدة الأخرى والتي تر تحويلها من الدولة المتعاقدة الأخرى إلى الدولة المذكورة أولاً لا تفرض عليها ضريبة في الدولة المتعاقدة الأخرى .

بالنسبة للمواد (٨) و(١٣) :

تطبيق أحكام المادة (٨) والفقرة (٤) من المادة (١٣) على الأرباح التي تكتسب من طيران الخليج أو الكيان الذي ينوب عنه هناك ولكن فقط على ذلك الجزء من الأرباح على حصة الشركة التي تملكها دولة الإمارات العربية المتحدة أو مؤسسة حكومية تابعة لها .

بالنسبة للمواد (١٠)، (١١)، (١٣) :

لأغراض تفسير المواد ١٠-١١ و١٣ فإنه من المفهوم أن أرباح الأسهم لأرباح الفوائد وعائدات رأس المال الناتجة عن نقل ملكية الأسهم في شركة أو السندات وأوراق الدين والتي يكسبها مقيم في دولة متعاقدة والتي تشمل المؤسسات المالية الحكومية أو شركات الاستثمار التابعة لتلك الدولة سوف تخضع للضريبة فقط في دولة المقر .

بالنسبة للمادة (٢٣)

إن أحكام المادة (٢٣) لا تمنع أي دولة متعاقدة من منح خصومات مباشرة من الضرائب المفروضة على الدخل الذي يكتسب من مصادر في تلك الدولة بواسطة مقيم في الدولة المتعاقدة الأخرى شريطة أن يكون مثل هذا الدخل معنياً من الضرائب في الدولة المذكورة أولاً أو أن يخضع لتخفيض في معدل الضريبة وفقاً لأحكام تلك الاتفاقية وأن التمتع بمنزلة هذه الاتفاقية يجب تأكيده بشهادة إقامة تصدرها السلطات في الدولة المتعاقدة التي يكون المستفيد مقيماً فيها وأن أحكام المادة (٢٣) سوف لن تؤدي إلى أي معاملة تمييزية ضد مقيم في النمسا مقارنة بالتي يتمتع بها دافعوا الضرائب المقيمين في دولة أخرى من دول الاتحاد الأوروبي.

وإشهاداً على ذلك قام الموقعون أدناه والمخولون من حكوماتهم بالتوقيع على هذا البروتوكول .
حررت من نسختين في دبي في هذا اليوم الموافق سبتمبر ٢٠٠٣ بنصوص مطابقة بكل من اللغات الإنجليزية والعربية والألمانية وفي حالة الاختلاف يسود النص الإنجليزي .

عن دولة الإمارات العربية المتحدة



عن جمهورية النمسا

